



CHRISTIN CHRIST UND CuS SOZIALISTIN SOZIALIST

**Blätter des Bundes der
Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten
Deutschlands e.V.**

Einzelverkauf
6 DM

53. Jahrgang
Februar 2001

4/2000

KIRCHENASYL

Bram Grandia

Vergesst die Gastfreundschaft nicht

Thomas Müller

Abschiebungen aus dem Kirchenasyl

Helmut Zwanger

Ökumenisches Kirchenasyl in Tübingen

außerdem:

Ulrike Pfeil über Felicia Langner

Reinhard Gaede über die ILRS

Ernst Kulpe über Kuba-Reisen

Heinz Röhr über Friedrich Nietzsche

Ernst Ergenzinger über Haftstrafen

**Christin und Sozialistin /
Christ und Sozialist (CuS)**

erscheint seit 1949

Herausgeber

Der Vorstand des Bundes der
Religiösen Sozialistinnen und
Sozialisten Deutschlands
(BRSD) e.V.:

Dr. Martina Ludwig
Maik Eisfeld
Robert Wollborn

Redaktion

Darius Dunker	Aachen (verantw.)
Maik Eisfeld	Schlotheim
Udo Fleige	Tübingen
Jürgen Gorenflo	Hamburg
Dörte Münch	Oberhausen
Matthias Nauwerth	Ellerbek
Christa Peter	Berlin
Helmut Pfaff	Frankfurt a. M.
Oliver Wildner	Hamburg

Kontakt und Bezug

s. hintere Umschlaginnenseite

Erscheinungsweise

viermal jährlich

Gestaltung / DTP

Darius Dunker Aachen

Druck

Hephata-Werkstätten

Mönchengladbach

Hergestellt auf Umweltschutzpapier

CuS / BRSD im Internet

www.brsd.de

Webmaster

Werner Nauwerth Bad Oyenhausen

ISSN 0945-828-X

Inhalt

■ KIRCHENASYL

- Bram Grandia
Vergesst die Gastfreundschaft nicht 4
- Thomas Müller
Garantiert reisefähig – Abschiebungen in NRW 11
- Helmut Zwanger
Ökumenisches Kirchenasyl in Tübingen 14

■ THEOLOGIE

- Dokumentation
Redet Wahrheit – Rabbiner über das Christentum 20

■ INTERNATIONALES

- Ulrike Pfeil
Felicia Langner – Gerechtigkeit darf nicht ermüden 23
- ILRS
Stellungnahme zum Nahen Osten 25
- Reinhard Gaede
Kongress der Internationalen Liga in Budapest 26
- ILRS
Internationale Liga fordert Diskriminierungsverbot 31
- Ernst Kulpe
Kubas eroberte Hoffnungen 32

■ GESCHICHTE

- Heinz Röhr
Nietzsche und das Christentum 38

■ INLAND

- Ernst Ergenzinger
Tod hinter deutschen Gittern 44
- Heinrich P. – ein absonderlicher Heiliger 49

■ BÜCHER

- Albert Schweitzer: Kulturphilosophie III (Werner Raupp)
• Olaf Kaltmeier und Michael Ramminger (Hg.): Links
von Nord und Süd (Jürgen Schübelin) 51

■ AUSSERDEM

- Einladung 75 Jahre BRSD 37
- Berichtigungen 50
- Briefe an die Redaktion 54

Asylpolitik und Rechtsextremismus

Wenn ein Fremder bei Dir wohnt in eurem Lande, so sollt ihr ihn nicht bedrücken. Wie ein Einheimischer aus eurer eigenen Mitte soll euch der Fremde gelten, der bei euch wohnt, und du sollst ihn lieben wie dich selbst – seid ihr doch auch Fremde gewesen im Lande Ägypten. 3. Mose 19, 33-34

Liebe Leserinnen und Leser,

in den vergangenen Monaten ist sehr viel geredet worden über rechte Gewalt und Maßnahmen gegen die rechtsextreme NPD. Auch wir haben uns dazu im vorigen Heft geäußert. »Fremdenfeindliche Gesinnung lässt sich nicht verbieten, und die Ursachen des Rassismus werden durch kein Verbot beseitigt«, schrieb Udo Fleige. Er wies auf soziale Ursachen, insbesondere in den östlichen Bundesländern, hin, die mit dem mittlerweile beantragten Verbot der NPD leider ebenso wenig beseitigt werden wie mit einem »Aufstand der Anständigen«.

Der »Aufstand der Anständigen« mit Demonstrationen und Projekten wie »Rock gegen rechte Gewalt« hat allerdings einen Sinn darin, militanten Neonazis eine wichtige Lebenslüge zu rauben, nämlich den Glauben, sie führten nur das aus, was die deutsche Mehrheit tatsächlich wolle.

Wichtiger aber als öffentliche Manifestationen ist auch eine staatliche Politik, die deutlich macht, dass Flüchtlinge nicht das Problem sind, sondern Menschen mit einem Problem, bei dem ihnen geholfen werden muss. Die Änderungen am Staatsbürgerschaftsrecht waren ein zaghafter Schritt in die richtige Richtung.

Die Greencard-Politik hingegen zeigt, dass es zuvorderst um inländische Interessen geht, nicht um den Schutz von Verfolgten

und Hilfe für Bedürftige. Noch deutlicher wird das am eingeschränkten Asylrecht. Gerade auch die deutsche Regierung hat dafür gesorgt, ihre restriktiven Auffassungen in der Europäischen Union durchzusetzen. Italien wurde beispielsweise gedrängt, die Küstenbewachung zu verstärken.

Solange Flüchtlinge in unserem Land wie Verbrecher in Abschiebegefängnisse gesperrt und – teilweise in Kooperation mit den Polizeibehörden, vor denen sie geflohen waren, – wieder »rückgeführt« werden, bleiben Appelle der Regierenden an die Zivilcourage der Bürgerinnen und Bürger unglaubwürdig und können sich rechte Gewalttäterinnen und -täter weiter im Recht fühlen – vielleicht nicht bei den Mitteln, aber im Zweck.

Es macht deshalb Mut, wenn dennoch Menschen andere Wege zeigen und sich der staatlichen Abschiebepolitik entgegenstellen. Gerade das Kirchenasyl ist ein Beispiel dafür. Wir können als Christinnen und Christen Fremden ein wenig von dem gottgebotenen Schutz gewähren, indem wir den Respekt nutzen, den die staatlichen Vollzugsbehörden dem Kirchenasyl oft noch entgegenbringen. Leider aber ist dieser Schutz auch sehr gefährdet, denn Abschiebungen aus dem Kirchenasyl sind vielerorts kein Tabu mehr. Davon berichten wir im Schwerpunkt dieses Heftes.

Darius Dunker

»Vergesst die Gastfreundschaft nicht!«

»Der Gastfreundschaft vergesst nicht! denn durch diese haben etliche ohne ihr Wissen Engel beherbergt.« An diese Worte aus dem Hebräerbrief (13,2) erinnerte BRAM GRANDIA in der Amsterdamer Zeitschrift *Ophef*. Der Autor weist darauf hin, dass die Bibel voll ist von Geschichten über Flucht und Vertreibung, und setzt diese Schilderungen in Beziehung zur aktuellen Asylpolitik. Seit dem Schengener Abkommen unterscheidet sich diese in den Niederlanden nicht wesentlich von der Situation in den anderen europäischen Ländern. Nach den flämischen Christen für Sozialismus drucken deshalb auch wir diesen Beitrag nach.



Warum haben Sie diesem abgelehnten Asylbewerber Unterschlupf gewährt?«, fragte ein Journalist ein Gemeindeglied der Amsterdamer Keizergrachtkerk. »Weil ich diesen Mann kannte, wusste, wie es um ihn stand, und Platz hatte. Während des Krieges mussten meine Brüder untertauchen. Wir selber hatten auch Menschen versteckt. Ich meinte, dass ich nun selbst etwas tun musste.«

Der Journalist Koos Koster sagte einst, »das Überleben verpflichtet.« Das empfand jene Frau für sich als Wahrheit. Deshalb ließ sie den Mann einige Monate bei sich wohnen. Inzwischen ist sein Asylverfahren wieder aufgenommen, und er hat eine Aufenthaltserlaubnis bekommen.

Das ist eine der vielen Geschichten. Asyl gewähren, einen Platz, wo jemand nicht aufgegriffen und nicht verletzt werden kann. Aber warum? Ist es eine Tat der Gerechtigkeit, der Barmherzigkeit, oder ist es – mit

den Worten Kostos, des ehemaligen Innenministers der Niederlande, – ein »Exzess der Nächstenliebe«?

Von der Begegnung zum Asyl

Häufig sieht die Praxis so aus, dass Flüchtlinge bei einer Gemeinde irgendwo im Land anklopfen. Sie appellieren an eine Gemeinde: »Schwestern und Brüder erbarmt euch.« Ich habe solche Anfragen häufig als Kyrie erfahren, gerichtet an die Gemeinde Christi. Vom ersten Treffen an, durch das Hören der Lebensgeschichten dieser Menschen, durch die Skizzierung der Situation in ihrem Heimatland bekommt man ein Bild, ist man berührt. Man hört von ihren Bemühungen um einen legalen Status und dem Misslingen.

Man tut als Gemeinde alles, um konkret diesen Menschen zu helfen – oft vergebens. Dann kommt der Moment der drohenden Ausweisung. Was dann, wenn man als Gemeinde, die einen Flüchtling aufgenommen hat, zutiefst davon überzeugt ist, dass dieser Mensch bei seiner Rückkehr gefährdet wäre? Dann kann die Gemeinde beschließen, so jemandem zeitweise Unterschlupf bei einem Gemeindeglied zu gewähren. In der Keizergrachtkerk haben wir das immer Kirchenasyl genannt, von der Gemeinde organisiertes Asyl. Die Verantwortung nimmt man als Gemeinde auf sich.

Es kann auch so sein, dass der Moment kommt, wo man beschließt, einen oder mehrere Flüchtlinge innerhalb des Kirchengebäudes sehen zu lassen (wie bei der Kirchenasyl-Staffel von ZairerInnen und IranerInnen*). Beide Formen (das »stille« und das »öffentliche«) möchte ich Kirchenasyl nennen. Muss man das biblisch-theologisch legitimieren? Es muss schon einen Hintergrund haben. Es ist naheliegend, dass ChristInnen sich ein-

mal ihre eigene Geschichte anschauen sollten.

Eine Tradition von Flüchtlingen

Es ist fesselnd, die biblischen Erzählungen aus der Perspektive von Flüchtlingen zu betrachten. Von Anfang an wird geflüchtet. Adam und Eva flüchten aus dem Paradies. Kain flüchtet vor der Rache, Abraham und Sara flüchten vor dem Hunger nach Ägypten. Hagar flüchtet wegen Diskriminierung in die Wüste. Jakob flüchtet aus Angst vor seinem Bruder, Moses flieht als politischer Flüchtling aus Ägypten, David flüchtet aus begründeter Angst vor Verfolgung, Elia flüchtet, Josef und Maria machen sich mit Jesus aus Angst vor dem Obrigkeitsterror auf die Flucht. In der Bibel wird fortwährend aus politischen, ökonomischen und anderen Gründen geflohen. Man kann eine schöne

Weihnachtsgeschichte über die Flucht von Josef, Maria und Jesus nach Ägypten erzählen. Man stelle sich vor, sie kämen heute an die Grenze und erzählten, dass sie durch einen Traum vor einem drohenden Blutbad gewarnt worden seien. – Sie würden direkt zurückgeschickt. Schließlich ist ein Traum keine ausreichende Begründung, sich vor Verfolgung zu fürchten.

* Die zairischen und iranischen Asylbewerberinnen wurden von Kirche zu Kirche gelotet, wo sie jeweils eine Zeit blieben.



In der Bibel wird fortwährend aus politischen, ökonomischen und anderen Gründen geflohen.

ten, auch nicht, wenn man angibt, dass es die Offenbarung eines Engels sei.

Eine Tradition von Gast- und Asylrecht

Ein Gast ist heilig. Einmal sagte in der Kirche ein marokkanischer Junge, den ich fragte, woran er beim wöchentlichen Abendmahl denke: »Ich denke an mein Dorf in Marokko. Dort teilen wir bei Festen große Brote. Jeder darf mitessen, und wenn man zusammen von einem Brot gegessen hat, kann der Gast mit Schutz rechnen. Aber ich habe begriffen, dass es hier um etwas anderes, nämlich um Jesus, geht.« Ich habe ihn gebeten, seinen ursprünglichen Gedanken nicht zu verwerfen, sondern mit Jesus zu verbinden. Eine tief verwurzelte Achtung des Gastes, Respekt und Ehrerbietung für Fremde und Flüchtlinge. Den Flüchtling nicht als Menschen ansehen, der ein Problem ist, sondern als jemanden, der ein Problem hat. Ein Problem, zu dessen Teilhaber er dich macht.

Asylorte

In vielen Kulturen stellen wir fest, dass das Heiligtum, das Haus Gottes, eine Zufluchtsstätte ist, ein Asylort, ein Platz, an dem man nicht angegriffen werden darf und daher sicher ist. Dieses erkennen wir auch in der biblischen Tradition. Den ältesten Text finden wir in Ex. 21,12-14: »Wer einen Menschen schlägt, sodass er stirbt, der soll getötet werden. Hat er ihm aber nicht nachgestellt, sondern hat Gott es so durch ihn gefügt, so will ich dir eine Stätte bestimmen, wohin er fliehen kann. Doch wenn jemand an seinem Nächsten frevelt, indem er ihn hinterlistig mordet, so sollst du ihn von meinem Altar wegreißen, damit man

ihn töte.« Es geht hier um den Altar im Heiligtum, das betrifft eine Reihe Heiligtümer in Israel, die eine Asylfunktion hatten (Ex. 20,24). In jeder Region war ein Asylplatz.

Freistädte

Bei der Zentralisierung des Kultus gibt es bezüglich der Asylorte ein Problem. Wie kann man den Gottesdienst zentralisieren und gleichzeitig die Asylfunktion dezentralisiert halten? Das ist durch die Einrichtung von Freistädten gelöst (Num. 35). Es ist für den, der Zuflucht an einem sicheren Ort sucht, gesorgt. Diese Fürsorge betrifft nicht nur den Israeliten, sondern auch den Fremden und den Beisassen, der unabsichtlich jemanden getötet hat (Num. 35,15). Der Unterhalt wird von der Gemeinschaft bestritten. Die Gemeinschaft in der Freistadt spricht Recht. Die rechtsprechende Gemeinschaft ist eine befreiende Gemeinschaft. Dort darf kein unschuldiges Blut vergossen werden, denn Gott wohnt mitten unter den Israeliten (Num. 35,34).

In dem Artikel »Menschen haben ein Recht auf Asyl« (Jota, Jg. 4/15 1992) schreibt Jagersma: »Wenn wir wissen, dass das hebräische Wort 'Land' auch 'Erde' bedeuten kann, kann die Erkenntnis durchdringen, dass alles, was für das gelobte Land vorgeschrieben ist, auch als Modell für die gesamte Erde dient. Die Wahrheit, dass Gott in diesem Land wohnt, gilt für die ganze Erde. Darum muss diese Erde ein Ort sein, an dem die Menschen jederzeit die Sicherheit haben, dass sie dort immer eine Zuflucht (Asyl) finden können.« In beiden Situationen geht es um einen konkreten Ort, wohin man fliehen kann, wo man ein Recht auf Schutz hat, zumindest, wenn man kein Mörder ist.

Asylrecht

Wenn man die Geschichte der Gewährung von Asyl betrachtet, kann man ein andauernde Spannung beobachten zur Frage, ob jemand ein Recht auf Asyl hat und ob die Stadt, der Stamm, der Staat, das Land, in dem Asyl gesucht wird, die Pflicht hat, Asyl zu gewähren. Was nun, wenn heute der Staat – z.B. aufgrund einer steigenden Anzahl von Flüchtlingen oder wegen starker interner ökonomischer Probleme oder wegen zunehmender Angst vor Rechtsextremismus – das Asylrecht, das Recht des Fremden, einschränkt? Muss man das als Kirche mitmachen, weil man an den sog. demokratischen Rechtsstaat gebunden ist, oder ist der Flüchtling, der Mensch, der sich auf die Gewährung von Asyl beruft, heiliger als das demokratisch formulierte und gebeugte Flüchtlingsrecht? In dieser Spannung befindet sich die Gemeinde Jesu, das ist in den letzten Jahren immer deutlicher geworden. Wenn die »Heiligkeit« des Flüchtlings immer weniger in den Vordergrund gestellt wird und die Diskussion immer mehr über die »Sicherheit« des Landes, aus dem der Flüchtling geflohen ist, geführt wird, läuft etwas schief. Das ist rundum Zaïre und Iran offensichtlich geworden. Es gibt ein europäisches Interesse, die ganze Welt zu sicherem Gebiet zu erklären. Die Instrumente dafür sind die Berichte aus dem Außenministerium.

In dieser Situation greifen Kirchen auf eine alte Tradition zurück. Wenn nirgends mehr ein Plätzchen für dich ist, mache Gebrauch von dem Raum, den wir dir als kirchliche Gemeinschaft bieten. Nicht weil der Ort heilig ist, sondern weil du als Flüchtling heilig bist. In diesem Rahmen klingt der Satz von Cyprianus, »außerhalb der Kirche gibt es kein Heil«, plötzlich ganz anders.

Gott als Zuflucht

Gott wird verschiedene Male Zuflucht genannt. Das halte ich heute für einen fruchtbaren Zugang für das Sprechen über Gott. Lasst uns über den Gottesnamen Zuflucht nachdenken. In den Psalmen begegnen wir ihm verschiedene Male. Psalm 23 kann man als Asyl-Psalme lesen. Dann klingt so ein Psalm ganz anders:

Wenn der Barmherzige mein Hirte ist, mangelt mir nichts, aber wenn ich die Hirten in meinem Heimatland betrachte, sie verzehren alles und lassen uns Not leiden.

Der Barmherzige führt mich zu ruhigen Wassern,

Der Liebevoll lässt mich aufatmen, aber sie stürzen mich in wirbelnde Wogen, sie nehmen mir den Atem.

Der Rechtfertige leitet mich auf den Weg der Gerechtigkeit,

erweist so seinem Namen Ehre, aber ihre Wege sind gewunden, durch und durch korrupt sind sie.

Wenn ich durch ein tiefes dunkles Tal gehe, fürchte ich kein Übel, denn Du, mein Weggefährte, bist bei mir,

dein Hirtenstock und dein Stab weisen mir die Richtung,

aber wenn sie mich jagen, nimmt die Nacht kein Ende,

sie benutzen ihren Stab und ihren Hirtenstock, um mich zu verprügeln.

Du, Liebevoller, richtest vor mir eine üppige Mahlzeit an,

sie stehen händeringend und drohend vor meiner Wohnung.

Du salbst mein Haupt mit Öl, sie schlagen es mir lieber kaputt.

Bei Dir fließt mein Becher über, aber bei ihnen bekomme ich nichts mehr zu trinken.

Ja, sicher weiß ich, dass dein Heil und deine Güte von nun an bei mir sind; ihr

Unheil und ihr Hass können mich nicht mehr treffen.

In deinem Haus, der Haus der Zuflucht werde ich bleiben.

bei Dir bin ich lebenslanglich meines Lebens sicher.

So klingt da eine andere Möglichkeit von Herrschaft (Gottes Hirtenschaft) durch, eine befreiende Art der Machtausübung. Wenn es um Jesus geht, begegnen wir diesem Bild des guten Hirten.

»Exzess der Nächstenliebe« oder Recht?

Jesus will SünderInnen, Menschen, die in den Augen von anderen Strafe verdienen, wieder einen Platz in der Gesellschaft geben. Jesus selbst ist gleichsam Asylort für Verfolgte. Mein Problem ist, dass man dadurch, dass man davon weiß, an einer Kriminalisierung von Flüchtlingen mitwirkt. Es geht nicht um Menschen, die unglücklicherweise eine Untat begangen haben. Das hat man schnell, wenn man sich das Asylrecht ansieht, das hat man schon, wenn man über SünderInnen spricht. Flüchtlinge werden zur Sünde, zu SünderInnen gemacht. Das sieht man momentan. Man sehe sich nur die Berichte über die kurdischen Flüchtlinge an. Die türkische Regierung spricht von Wirtschaftsflüchtlingen und Kriminellen, und das wird von den europäischen Regierungschefs gerne übernommen, außer vielleicht von dem italienischen Präsidenten, der eventuell die vatikanische Erklärung zu Flüchtlingen und MigrantInnen gelesen hat. Das zur Sünde machen der Flucht und die Flüchtlinge zu SünderInnen und Sündern abzustempeln, ist bereits weitestgehend gelungen. Es begann bereits mit den Verhandlungen, die zum Abkommen von Schengen geführt haben. Damals wurde darüber ge-

sprochen, die offenen Binnengrenzen vor Kriminalität, Drogen und Flüchtlingen zu schützen. Das wurde subtil ausgearbeitet durch eine Unterscheidung zwischen ökonomischen und politischen Flüchtlingen. Die Überzeugung, dass Wirtschaftsflüchtlinge mit Profiteuren gleichzusetzen seien, ist weit verbreitet. Aber ob man nun an Hunger oder wegen seiner politischen Überzeugung stirbt, macht für die Betroffenen keinen Unterschied. Ich las in der Dissertation von J. H. van Vliet: »Da die Flucht aus wirtschaftlichen Gründen nicht anerkannt wird, aber wohl die aus politischen Gründen, scheint die Schlussfolgerung gerechtfertigt, dass der Hungertod dem Foltertod vorzuziehen ist.«

Dadurch wird man ein anderer Mensch

Dann denke ich an die Geschichte der Syrophönikierin oder Kanaaniterin, die Jesus bittet, ihrem Kind zu helfen (Mk. 7,24-30 und Mt. 15,21-28). Jesus weigert sich, der Frau zu helfen, weil sich seine Mission auf die verlorenen Schafe aus dem Hause Israels beschränke. Er bestreitet nicht, dass diese Frau dabei leer ausgeht, aber leider kann er daran nichts ändern. Für sie gibt es bei ihm keine Hilfe. Sie macht weiter, doch Jesus antwortet mit Verweis auf »das eigene Volk zuerst«. Kein Brot an die Hunde geben, oder an die KurdInnen, oder an die SomalierInnen, oder an welches Volk auch immer. Schließlich aber setzt die Frau sich durch, weil sie nicht das ganze Brot will, sondern nur die Krümel. Jesus ist tief beeindruckt von ihrem Glauben: »Dir geschehe, wie du willst.« Es folgt eine zweite Speisung, aber diesmal nicht für Israel, sondern für die Völker.

Ich erwähne diese Geschichte, weil sie mich zum Nachdenken bringt. Ich sehe viele Flüchtlinge, die um Heilung, um Genesung

bitten, beispielsweise für ihr Kind. Ich denke an eine palästinensische Mutter mit ihren zwei Kindern. Ihre Tochter sah, wie einer Tante in einem palästinensischen Flüchtlingslager im Libanon der Kopf abgeschossen wurde. Sie kann nichts anderes mehr sagen und sehen als »Kopf ab«. Diese Frau klopft hier an, bis vor kurzem vergeblich. Dank einer anderen Frau, die buchstäblich Himmel und Erde in Bewegung gesetzt hat, um diese Familie hier zu halten, haben sie aus humanitären Gründen eine Aufenthaltserlaubnis bekommen. Warum? Wegen der Wucht der Lebensgeschichte dieser Menschen und der Kraft dieser Frau, die sich um sie kümmerte und viele andere mobilisierte. Ich sehe Flüchtlinge, sowohl die politischen als auch die ökonomischen, als Menschen, Aufklärer, Boten (nennen wir sie Engel) aus einer anderen Welt an, die hier erzählen, wie es ihnen dort ergeht.

Über Offenbarung gesprochen. Sie brechen unsere immer mehr verschlossene Welt auf. Wie hält man die Engel, Überbringer der Offenbarung und Kritiker der »neuen Weltordnung« draußen? Das scheint im zunehmenden Maße das Bestreben der westlichen Regierungen: Schon wieder patrouillieren ein paar hundert zusätzliche Polizisten auf den Binnengewässern. So verhindern sie, dass jemand mitkriegt, was in den kurdischen Gebieten, im ehemaligen Zaïre und Jugoslawien geschieht. Die Flüchtlinge appellieren an Schwestern und Brüder, an Mitmenschen, so wie der Verfasser des Hebräerbriefs: »Vergesst die Gastfreundschaft nicht.«

Die Gemeinde Jesu als Versteck

Die Kirche ist ein Raum, die Gemeinde Jesu ist eine Gruppe von Menschen, die sich in dieser Frage ansprechen läßt. Es

gibt oft eine gemeinsame Basis, einen gemeinschaftlichen Brunnen. Das hat mit Liturgie und Diakonie* zu tun. Jetzt sie, wer weiß wann wir? Kann man so inklusiv denken, dass man es sich vorstellen kann, dass der Moment kommt, wo man fliehen muss. Die IKON-Jugendserie *De Papegaai* hat das 1988 so dargestellt. Das war schockierend. Du in einem Land, dessen Sprache du nicht kennst, du läufst von Pontius zu Pilatus, du siehst, wie deine Kinder in der Fremde verwurzeln, aber du selber nicht. Die Begegnung, das Gespräch kann Grenzen öffnen und Mauern einreißen. Das passierte mit Jesus durch die fremde Frau. Das geschieht mit vielen Gemeinden. Durch die Begegnung mit Flüchtlingen aus allen Teilen der Welt erfährt man, dass wir alle nach Gottes Ebenbild geschaffen wurden, dass Gott kein weißer Gott ist, kein europäischer Gott. Man erfährt – ob man will oder nicht –, dass man einem sehr reichen Erdteil angehört, der sehr intensiv daran mitarbeitet, das große Loch der Schuldenkrise versinken. Man wird eingeladen, die westliche Wirklichkeit kritisch zu betrachten. Flüchtlinge – sowohl ökonomische als auch politische – rufen nach Recht. Dieser Ruf konfrontiert.

* Liturgie, in der ursprünglichen (griechischen) Bedeutung: Arbeit zum Wohle des Volkes, von daher Ehrendienst, Liturgie, aber aufgefasst in einer Bedeutung die »Diakonie« ähnelt.

Diakonie: Dienst an und im Namen der Gemeinde, »so dass jeder genug hat, so dass jeder erfahren kann, was Gnade, was Für-einander-da-sein bedeutet (Ina Koemen, *Dioconale gemeente, vindplaats van heil?*, in *Open Poort*, Sept. 1997, S. 7)

Europa nach Schengen

Schreibst du jetzt nicht hart gegen die Regierung? Ist dir bewußt, wie gewissenhaft die Regierung mit der Flüchtlingsproblematik umgeht? Stößt du die Politiker nicht vor den Kopf? Jagst du Frau Schmitz (Innenministerin im ehemaligen Kabinett Kok) – eine sehr engagierte Gläubige – nicht aus der Kirche? Diese Fragen werden immer wieder gestellt. Da besteht ein gewaltiges Problem. Seit Jahr und Tag ertönen Proteste aus den Kirchen gegen eine immer restriktiver werdende Anerkennungspolitik. Das ist die Wirklichkeit. Wenn eine Ministerin versucht, innerhalb des festgesteckten Rahmens so viel wie möglich zu tun, verdient sie dann keine Unterstützung? Ja, Unterstützung und Kritik. Unterstützung für ihren Einsatz gegen eine weitere Eindämmung des Asylrechts, Kritik, wenn es um die Beteiligung an der weiteren Begrenzung im europäischen Verbund geht.

Für mich ist in diesem Zusammenhang die Weltökumene von enormer Wichtigkeit. Die Kirche ist international oder sie ist nicht. Wenn Europa sich verschließt und die europäischen Kirchen das mitmachen, dann bekommen wir ein europäisches Christentum, das exklusiv ist. Das geht nicht. Eine europäische Kirche und ein europäischer Sozialismus, daran darf man noch nicht einmal denken. Das läuft auf eine Absegnung von »das eigene Europa zuerst« hinaus. Europa hat Flüchtlinge nötig, um diese Verblendung zu durchbrechen. Sie erweise Europa einen

»Es gibt heute in Ländern, die in der Vergangenheit zu einer großzügigen Aufnahme von Flüchtlingen bereit waren, eine besorgniserregend ähnliche Tendenz hin zu politischen Entscheidungen, die darauf abzielen, die Zahl der Asylsuchenden möglichst niedrig zu halten und Anträge auf Asyl zu erschweren. Während Zeiten wirtschaftlicher Rezession die Auferlegung bestimmter Aufnahmebeschränkungen verständlich machen können, kann gleichwohl das Grundrecht auf Asyl niemals verweigert werden, wenn das Leben im Heimatland ernsthaft bedroht ist...«

Erklärung des päpstlichen Rates »Cor Unum« vom 2. 10. 1992.

Dienst, indem sie darauf hinweisen, dass die Erde größer ist. Sie sind die Kundschafter, die auf der Suche nach dem Land sind, wo Milch und Honig fließen (Kosto sagte das gut), sie sind die Boten Gottes (Engel), die zur Umkehr rufen: Europa, Schwestern, Brüder, dreht euch um, seht uns an, wendet euch nicht von uns ab, denn wir sind Menschen wie ihr. Wendet euch nicht von uns ab, sondern kommt herüber und helft uns (eine würdige Betreuung in der Region), und wenn das nicht möglich ist, laßt uns herkommen, nehmt uns auf und beschützt uns!

Flüchtlinge laden uns zur Umkehr ein, sie brechen in unsere nahezu geschlossene Welt ein, sie sind Wortführer und Wortführerinnen Gottes. Die Tatsache, dass sie sich nicht wegschicke las-

sen, ist ein Zeichen der Gnade. Denn man stelle sich ein Europa vor, das sich selbst überlassen und selbstgenügsam wird. Asylkirchen können Orte sein, von denen Europa angesprochen wird, dank der Erzählungen aus den Mündern der Flüchtlinge.

Aus: Ophef (Amsterdam), März 1998, abgedruckt in Kering (Mechelen), Mai 1998. Aus dem Niederländischen von Tina Terschmitt mit freundlicher Unterstützung durch Janneke Göke und Thorsten de Jong.

Garantiert reisefähig

Abschiebungen aus dem nordrhein-westfälischen »Wanderkirchenasyl«

Ungewöhnlich groß war die öffentliche, politische und kirchliche Solidarität mit dem von Abschiebung bedrohten Sprecher einer Gruppe des Wanderkirchenasyls. Doch trotz anders lautender Zusagen schiebt die rotgrüne NRW-Regierung Aktivisten der Flüchtlingsinitiative ab. Ein Bericht von THOMAS MÜLLER.

Im Sommer des Antifaschismus setzte das nordrhein-westfälische Innenministerium nicht nur auf die Mobilisierung der Zivilgesellschaft gegen rechte Gewalt. Nach Informationen von Flüchtlingsunterstützern wies es zugleich die Ausländerbehörden an, verstärkt »aufenthaltsbeendende Maßnahmen« gegen »illegale« Migranten einzuleiten und entsprechende Amtshilfeersuchen aus anderen Bundesländern zügig zu bearbeiten. Die Mobilisierung behördlicher Gewalt richtete sich besonders gegen die rund 120 kurdischen Flüchtlinge, die seit Januar 1998 ein prekäres Dasein im Wanderkirchenasyl fristen.

Mittlerweile vergleichen kirchliche und linke Flüchtlingshelfer die NRW-Abschiebepolitik mit der in Bayern. Schon zu Jahresanfang hatte sich eine schärfere Linie abgezeichnet. Vier Teilnehmer des Wander-

kirchenasyls waren abgeschoben worden; eine Sprecherin der Flüchtlinge entging ihrer Abschiebung nur knapp.

Seit August wurden nun vier weitere Kurden festgenommen. Mehmet Sagir hatte Glück. Das Verwaltungsgericht Köln erkannte an, dass er »bei einer Rückkehr in die Türkei einer asylrechtlichen Verfolgung ausgesetzt sein wird«, und verfügte seine Freilassung. Auch für Halil Arslan konnte die Abschiebung per Eilantrag noch abgewendet werden.

Anders hingegen erging es Mehmet Kılıc. Der Sprecher der Wuppertaler Gruppe des Wanderkirchenasyls war am 5. Oktober festgenommen worden. Der Petitionsausschuss des NRW-Landtages prüfte daraufhin noch einmal seine Asylgründe und stellte fest, dass sie stichhaltig seien. Anders als bislang üblich, ignorierte das zu-

Alle Ratsparteien unterstützten die SPD-Resolution zugunsten des 27-jährigen Kurden

Die ganze Stadt hinter Calhan

Von Nachrichten-Mitarbeiter
Georg Dörnwald

Aachen. Jetzt kann man sagen:
Die ganze Stadt Aachen steht
hinter Hüseyin Calhan.



Verwaltungsgericht entscheidet am Montag

Weiter Zittern um Calhan

ständige Ausländeramt Bergisch-Gladbach dieses Votum und setzte die Abschiebung rigoros durch. Ein Paderborner Amtsarzt befragte Kilic ohne Dolmetscher und kam zu dem Ergebnis, dass die erlittene Folter in der Türkei, die Misshandlung seiner Angehörigen und die Hinrichtung seines Bruders den Abzuschiebenden nicht traumatisiert habe und er folglich »reisefähig« sei.

Kilic trat daraufhin in einen Hungerstreik. »In der türkischen Presse erschienen Artikel über mich mit Name und Foto«, erklärte er. Dort sei zu lesen gewesen, dass er im Wanderkirchenasyl gegen die Türkei aktiv gewesen sei. »Deshalb habe ich ein unbefristetes Todesfasten begonnen. Wenn ich schon sterben muss, dann lieber hier als unter der Folter in der Türkei.« Eine Woche später schoben ihn die Behörden mit ärztlicher Begleitung ab.

In Istanbul verschleppten ihn Zivilpolizisten, verhörten ihn eine Woche lang und verlangten auch Informationen über seine exilpolitischen Aktivitäten. Sie drohten, in der Bundesrepublik belastendes Material zu beschaffen, und misshandelten ihn durch Schläge, die so angesetzt wurden, dass sie möglichst keine sichtbare Spuren hinterließen. Nach seiner Freilassung tauchte er unter.

Kurz zuvor war Hüseynin Calhan, der Sprecher des Aachener Wanderkirchenasyls, festgenommen worden. Auch in seinem Fall ignorierten die Behörden ihre bisherige Praxis, ein Votum des Petitionsausschusses

faktisch anzuerkennen. In einem Schreiben vom 16. Oktober legte das Innenministerium dem zuständigen Ausländeramt Wesel nahe, Calhan möglichst noch vor der Entscheidung des Gremiums abzuschieben. Erneut attestierte der Paderborner Amtsarzt »Reisefähigkeit«. In seinem Gutachten widersprach er mehreren Fachärzten, die Calhans in türkischer Folter erlittene Traumatisierung festgestellt hatten. Schläge sei »Herr C. seit seiner Schulzeit gewohnt gewesen«. Sein Verhalten zeige, »dass er darunter nie nachträglich gelitten hat«. Auch Calhan begann einen Hungerstreik. Am 31. Oktober wurde er in die Türkei gebracht, wo er sich vorsichtshalber dem behördlichen Zugriff entzog.

Dass mit Kilic und Calhan Repräsentanten des Wanderkirchenasyls abgeschoben wurden, lässt nach Ansicht des Netzwerks *kein mensch ist illegal* auf eine veränderte Politik der Landesregierung schließen. Als Gegenleistung dafür, dass die Flüchtlinge ihre

»Die wohlhabenden Nationen sind verpflichtet, soweit es ihnen irgend möglich ist, Ausländer aufzunehmen, die auf der Suche nach Sicherheit und Lebensmöglichkeiten sind, die sie in ihrem Herkunftsland nicht finden können. Die öffentlichen Autoritäten sollen für die Achtung des Naturrechts sorgen, das den Gast unter den Schutz derer stellt, die ihn aufnehmen...«

Weltkatechismus der katholischen Kirche. 1993.

ursprüngliche Forderung nach einem kollektiven Bleiberecht im Januar 1999 faktisch aufgaben, hatte das Innenministerium eine wohlwollende Überprüfung aller Einzelfälle »oberhalb der Aktenlage« zugesichert. In der Folge war es einigen Betroffenen gelungen, ihren

Aufenthaltsstatus schrittweise wieder zu verfestigen. Die juristisch zwar unverbindlichen, faktisch jedoch meist maßgeblichen Empfehlungen des Petitionsausschusses eröffneten dabei vielfach die Chance auf eine Wiederaufnahme des Asylverfahrens und, damit verbunden, die Legalisierung.

Seitdem aber dieses Gremium ignoriert wird, können gerade diejenigen abgeschoben werden, die sich am stärksten gegen

Fall Calhan beschäftigt die Kirchenoberen

Bischof für Änderung der Asylgesetze

die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei und für ein Bleiberecht engagiert haben – und die dadurch zum Ziel der türkischen Exekutive wurden. Auch in anderen Fällen setzen sich die Behörden neuerdings über den Petitionsausschuss hinweg. So signalisierte das Innenministerium Mitte Oktober der Zentralen Ausländerbehörde in Düsseldorf, bei der Abschiebung zweier hungerstreikender Tamilen nicht auf den Ausgang des Petitionsverfahrens warten zu wollen.

Im Sommer des Antifaschismus verschob sich jedoch auch die öffentliche Wahrnehmung. Vor allem die Fälle Kilic und Calhan wurden als Exempel einer inhumanen Wende der nordrhein-westfälischen Asylpolitik begriffen; sie wurden zu Auslösern lokaler Solidaritätsbewegungen, die sich am Motiv des zivilgesellschaftlichen »Aufstands der Anständigen« orientierten, es zugleich jedoch gegen die verschärfte Abschiebepolitik wandten.

Dabei karikierten bereits die Umstände der Festnahme Calhans den seichten Antirassismus der »Mitte«. Der Mann war am Rande eines Multikulti-Events der *Aachener Zeitung* vom Bundesgrenzschutz verhaftet worden, als er eine kurdische Musikgruppe zu ihrem Auftritt abholen wollte. Der BGS war zugleich Mitveranstalter des Events. Die täglichen Mahnwachen, mit denen Aachener Unterstützer gegen die Festnahme protestierten, fanden in rotgrünen, kirchlichen und selbst christdemokratischen Mili-

eus ein unerwartetes Echo. Bischof, Oberbürgermeister und Stadtrat appellierten an Innenminister Fritz Behrens, Calhan ein Bleiberecht zu gewähren, und boten an, ihn in Aachen aufzunehmen. Die Lokalpresse besuchte ihn im Abschiebeknast und veröffentlichte seine Hungerstreikerklärung im Wortlaut.

Als der Termin näherrückte, riefen Prominente wie Günter Grass und Günter Wallraff dazu auf, die Nacht betend vor dem Abschiebegefängnis in Büren zu verbringen und sich am Morgen »der drohenden Abschiebung von Hüseynin Calhan entgegenzustellen«. Zweihundert Menschen folgten dem Aufruf. Sechs Bundestagsabgeordnete von Grünen und PDS forderten ein vorläufiges Bleiberecht und eine erneute Einzelfallprüfung aller Illegalisierten im Wanderkirchenasyl. Am Tag der Abschiebung – die Bürener Anstaltsleitung hatte Calhan rechtzeitig vor Beginn der Mahnwache abtransportieren lassen – kommentierten die *Aachener Nachrichten*, Behrens trage nun »für alles, was Calhan in der Türkei passiert«, die Mitverantwortung.

Für eine kurze Zeit und an einem bestimmten Ort war im »Aufstand der Anständigen« eine Opposition sichtbar geworden, ohne dass freilich wesentlich mehr als eine »gerechtere« Durchführung der Einzelfallprüfungen verlangt worden wäre. So verwundert es nicht, dass sich das Aufbegehren nach vollzogener Abschiebung wieder in symbolische Politik verwandelte: in eine Rücktrittsforderung der Aachener Grünen an den Minister Behrens, von der jeder weiß, dass nicht einmal die eigene Landtagsfraktion sie ernst nehmen wird.

Aus: *Jungle World* (Berlin) Nr. 46/2000. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Verfassers. Zeitungsschlagzeilen: *Aachener Nachrichten*.

Von Düsseldorf über Bukarest nach Istanbul - Der junge Kurde wirkte sehr gefasst - Bei den Aachener Freunden herrscht eine bedrückte Stimmung

Tränen am Rollfeld: Calhan abgeschoben

Ökumenisches Kirchenasyl in Tübingen

Evangelische Eberhardsgemeinde
Katholische St.-Michaels-Gemeinde
Evangelische Bonhoeffer-Gemeinde
Evangelische Martinsgemeinde
Evangelische Stephanusgemeinde
Evangelische und Katholische
Studierendengemeinde (ESG / KHG)
»Kein Mensch ist illegal«, Tübingen

Familie Güler steht offiziell auf der Fahndungsliste und soll aus Deutschland abgeschoben werden. Die oben genannten Tübinger Initiativen haben jedoch eine Absprache mit der Tübinger Polizei getroffen, dass niemand die Familie Güler verhaften und abschieben wird. Natürlich gibt es keine rechtliche Basis für dieses Abkommen und es kann jederzeit gebrochen werden. Pfarrer HELMUT ZWANGER berichtet über das Kirchenasyl.

Endlich Wurzeln für Familie Güler in neuer Heimat

Ich stelle mir vor, wie es vor 20 Jahren war. Vater Mustafa und Mutter Hatice lebten im kurdischen Dorf Kocolarköye der türkischen Provinz Kahramanmaraş in ihrem eigenen schönen Haus. Ihr viertes Kind war unterwegs; die Geschwister Ali, Fatma und Sultan freuten sich darauf endlich wieder ein großes Familienfest mit dem ganzen Dorf, mit allen Vettern und Basen, Tanten und Onkeln, Brüdern und Schwestern der Eltern.

Da wird man im schattigen Hof sitzen unter den Feigenbäumen; die Tiere sind im Pferch; die Arbeit in den beiden Weinbergen, in den Olivenhainen, vor allem auf den gepachteten Baumwollfeldern ruht. Man wird auf der türkischen Gitarre zum Tanz aufspielen und alevitische Lieder singen. Es war das letzte große Familienfest nach der Geburt von Achmed.

Denn der Horizont hatte sich verdüstert. Schrecken und Grausamkeit kamen ins Dorf.

Mit einem mal war kurdische Zugehörigkeit ein Schandmal. Erst ging es gegen die kurdische Befreiungsbewegung PKK. Dann immer mehr gegen jeden Kurden, jede Kurdin. Militär zog ins Dorf, schikanierte diesen, beschuldigte jenen. War nicht ein Verwandter bei der PKK? Also mußte jetzt die ganze Familie dafür büßen. Man wollte den angesehenen Vater Mustafa zur Kollaboration zwingen; er sollte gleichsam seinem Kurdisch-Sein abschwören. Die Mutter Hatice wurde verhaftet; Böses stand ihr bevor, Gewalt und Misshandlung erlebte sie im Gefängnis 1985 eine Woche lang. Ihr Bruder saß bereits im Gefängnis. Es war furchtbar, und es ist immer noch furchtbar – ein in die Seele eingebranntes Trauma bis heute.

Jegliche Zukunft war zerstört. Vater Mustafa durfte nicht mehr auf den Feldern arbeiten. Die Weinberge wurden abgeholzt. Wo nur konnte man leben und einfach überleben? Man zog in die Stadt Marsh. Aber selbst da mußte Mustafa untertauchen. Blieb also nur die, Flucht. Aber wohin und wie?

Kein Mensch – nur noch ein Asylant

Die Kinder zunächst zurücklassen und selber erst einmal Asyl suchen? Schweren Herzens ... ja doch. Im Herbst 1987 wagen die Eltern den Schritt in die Schweiz. Der erste Anlauf misslingt. Vielleicht ist es in Deutschland besser. Im Mai 1990 kommen die Eltern nach Deutschland, wenig später die beiden Söhne; Ali ist jetzt 14, Achmed 9 Jahre alt. Ein knappes Jahr danach kommen die Töchter; Fatma ist 17, Sultan 16 Jahre alt. Sie atmen auf denn im letzten Jahr haben sie Schikanen, Verhaftungen und Folterungen durchlitten. Vor der Gewalt in jener Zeit stob der ganze große Familienclan auseinander, als ob man mit einer Patsche ins Feuer geschlagen hätte. Die meisten gingen nach Deutschland, manche nach Frankreich, in die Schweiz, nach Österreich, nach England, nach Kanada, nach Australien. Nur zwei ganz Alte von der Familie blieben in der Türkei zurück.

Die anderen hofften ... hofften noch einmal das Leben zu leben ... in einem anderen Land ... in Deutschland.

Aber wie schwer das war ... ohne Sprache, ohne Freunde. Es kam einem vor wie ein Räderwerk. Misstrauen begegnete einem; man wurde verdächtigt; man war kein Mensch mehr, nur noch Asylant.

Man stand vor Gericht. Alles war einem fremd. Man fühlte sich eingeschüchtert. Kaum brachte man die Worte heraus, die der Dolmetscher dann übersetzte. Man wollte noch dies und jenes sagen, aber der Richter winkte ab:

Das genügt. Verschiedene Zeugen wurden gar nicht mehr gehört. Ali wurde anerkannt, die anderen nicht. Man verstand die Welt nicht mehr: man hatte das gleiche Geschick, das Gleiche durchlitten, durchschmerzt. Nur weil Ali schon besser Deutsch konnte, ein bisschen mehr sagen konnte, was einem im Hals stecken blieb?

Aber man wollte nicht aufgeben, konnte nicht aufgeben. In die Türkei zurück? Niemals! Die Familie hörte, wie weiterhin Dorf um Dorf zugrunde ging; selbst in den Westen der Türkei umgesiedelte Kurden wurden wie Parias behandelt.

Eher wollte man den Deutschen zeigen, was man konnte; man wollte dem Staat nicht auf der Tasche liegen. Die Töchter hätten gerne in einem Arbeitsverhältnis gearbeitet, in der Küche, in der Bedienung, aber eine Arbeitserlaubnis gab es ja nicht. Ali absolvierte seine Lehre und unterstützte mit jedem Pfennig seine Familie. Später, als das ging, begann Achmed seine Lehre als Heizungsbauer und Lüftungstechniker.

weiter auf Seite 18 ►



Die Tübinger Martinskirche

Dossier: Familie Güler, Wehingen

Familienmitglieder

Vater Mustafa Güler, Jahrgang 1951, Flucht in die Schweiz '87, Einreise in die BRD 5/'90,

Mutter Hatice Güler, geb. Menes, Jahrgang '53, Flucht in die Schweiz '87, Einreise in die BRD 5/'90

Sohn Ali Güler, Jahrgang '76, Einreise 10/'90, anerkannt '95

Tochter Fatma Güler, Jahrgang '73, Einreise '91

Tochter Sultan Güler, Jahrgang '73, Einreise '91

Sohn Ahmet Güler, Jahrgang '81, Einreise 10/'90



Familie Güler: Fatma, Ali, Sultan, Mutter Hatice, Vater Mustafa (von links nach rechts).

Herkunft

Die Familie stammt ursprünglich aus Kocolar, Nähe K.Maras. Familie Güler war in Türkei/Kurdistan wohlhabend. Neben 2 Weinbergen hatte sie Ländereien gepachtet und nannten ein ansehnliches Haus ihr Eigen. Mustafa Güler war Mitglied im Dorfrat und angesehenes Mitglied der Gemeinde. Deshalb kann in diesem Fall auch in keinerlei Hinsicht von Armutsfucht gesprochen werden. Im Gegenteil: die Familie Güler versuchte noch lange der Repression gegen die gesamte Familie zu widerstehen. Erst durch die zunehmende Gewalt bei Verhören und Verhaftungen nach der Flucht des Bruders mütterlicherseits sahen sich auch Mustafa und Hatice Güler zur Flucht gezwungen. Von der sehr großen (Gesamt-)Familie leben heutzutage alle Familienmitglieder –

bis auf zwei Großeltern – im Ausland. Die meisten mit Anerkennungen in der BRD, der Schweiz, Frankreich, aber auch Österreich, Kanada und Australien. Die Familie bekennt sich zum Alevitentum und insbesondere die Eltern sehen hierin – neben der individuellen und Gruppenverfolgung als Kurden – auch eine große Bedrohungen für sich.

Fluchtweg und Fluchtursachen

Vater, Mutter und Tochter Sultan waren in Kocolar für die TDKP¹ (und zeitweise für die PKK²) aktiv. Nachdem der Bruder von Hatice Güler, Sadik Menes, 1979 innerhalb der TDKP in die Illegalität gegangen war, 1981 festgenommen und für 5 Jahre inhaftiert wurde, wurden die Eltern, insbesondere aber Frau Güler, des

Öfteren zu Aussagen auf die Polizeiwache gebracht. Frau Güler erlitt dort Schläge, Misshandlungen und Folterungen. Diese Misshandlungen haben bei Frau Güler tiefe psychische Schäden hinterlassen, so dass von einem post-traumatischen Syndrom gesprochen werden kann. Ein Refugio-Gutachten hierüber liegt vor. Tochter Fatma Güler war Zeugin dieser Misshandlungen, worunter sie heute noch leidet. Frau Güler leidet zudem an Schilddrüsenkrebs, der in der Klinik in Reutlingen anscheinend erfolgreich behandelt werden konnte. Ein Attest der Universitätsklinik Tübingen, das die Reisefähigkeit von Hatice Güler in Frage stellt, müsste inzwischen auch vorliegen.

1987 dann wurde Mustafa Güler gezwungen, am Dorfschützersystem mitzuarbeiten. Dies brachte das Fass der Eheleute Güler zum überlaufen. Die Eltern brachten die Kinder zu Verwandten, gingen nach Istanbul und gelangten mit Hilfe von Fluchthelfern via Italien in die Schweiz. Dort arbeiten sie während der Asylverfahrensdauer eine Weile; ihr Asylanträge wurden allerdings abgelehnt. 1990 wanderten sie dann in die BRD weiter, organisierten für ihre Kinder falsche Papiere, da ordentliche Papiere von den Behörden nicht zu bekommen waren, und holten 1990 und 1991 die Kinder nach.

Asylverfahren

Die Erstanträge auf Asyl, 1990 und 1991 eingereicht, wurden 1993 abgelehnt. Der erste Folgeantrag von 1994 wurde wiederum 1995 abgewiesen. Weitere Folgeanträge in 1996 und 2000 sowie Klagen und zwei Petiti-

onen, die erste 1999, die 2. Im Jahr 2000, fanden auch kein Gehör.

Leben in der BRD

Die Familie ist in ihrem Dorf Wehingen, Landkreis Tuttlingen voll integriert. Neben regen Kontakten zu den örtlichen Kirchen, den Nachbarn und Arbeitskollegen war Sohn Ahmet erst im Juni 2000 mit seinem Fußballverein in Spanien. Auch von politischer Seite gibt es Kontakte zu SPD, FDP und CDU-Vertretern. Doch alle Versuche, politischer Einflussnahme-Einflussnahme auf die Entscheidung gegen die Familie sollten wirkungslos bleiben. Mitten im 3. Lehrjahr musste z.B. Sohn Ahmet seine Ausbildung abbrechen, da ihm aufgrund des vakanten Aufenthaltsstatus Anfang 2000 gekündigt wurde. Sohn Ali, 1995 als einziger der Familie als Asylbewerber anerkannt, absolvierte hier eine Ausbildung als Zerspahnungsmechaniker und ist seitdem in der Metallindustrie tätig. Die beiden Töchter absolvierten in der Türkei ihre Grundschule, konnten aufgrund der Asylsituation allerdings hier keinen weiteren Schul- oder Ausbildungsplatz erhalten. Die ganze Familie ist hier mehr oder weniger aktiv für D.I.D.³.

Die Töchter Fatma und Sultan sind mit Deutschen verlobt. Die Illegalisierung der Familie macht eine Eheschließung derzeit problematisch.

Derzeit überlegen insbesondere die Eltern Güler (49 und 47 Jahre alt) aus lauter Verzweiflung an einer Weiterwanderung nach Australien.

Helmut Zwanger

Jeden Strohalm ergriff man: Folgeantrag, Petition... was auch immer. Irgendeine Möglichkeit mußte es doch geben. Man war doch verfolgt... man blieb doch verfolgt. Familie Güler engagierte sich auch selber politisch gegen Menschenrechtsverletzungen und Folter in der Türkei. Kam nicht Ahmet Karakus ins Gefängnis, als er in die Türkei abgeschoben wurde? Erging es nicht auch anderen so, dass sie bei ihrer Rückkehr denunziert, gefoltert und angeklagt wurden?

»Wir brauchen Beweise«, sagten die deutschen Behörden. Genügt es denn nicht, dass für die ganze Familie ein gemeinsamer Sachverhalt vorliegt? Und warum wird nicht das Gutachten von Refugio anerkannt, das der Mutter Hatice schwere Traumatisierung bescheinigt? Oder ist es etwa aus der Luft gegriffen, wenn eine ganze Landessynode zum Abschiebestop drängt?

Vielleicht ist es am merkwürdigsten, wie man mit der sog. Altfallregelung umgeht. Am 19.11.1999 hatte die Konferenz der Innenminister beschlossen:

»Asylbewerberfamilien und abgelehnten Vertriebenenbewerbern mit einem oder mehreren minderjährigen Kindern kann der weitere Aufenthalt im Bundesgebiet gestattet werden, wenn sie vor dem 1. Juli 1993 eingereist sind, seitdem ihren Lebensmittelpunkt im Bundesgebiet gefunden haben und sich in die hiesige wirtschaftliche, so-

ziale und rechtliche Ordnung eingefügt haben.«

Eigentlich müßte man doch unter diese Regelung fallen.

Denn in der Tat: es ist unzumutbar, nach so langer Zeit ins Elend abgeschoben zu werden ... nach dieser ganzen Odyssee.

Bei der Familie Güler ist es inzwischen ein Jahrzehnt; bei den Eltern selbst sind es sogar 13 Jahre. Im Dorf Wehingen, wo man vor dem Kirchenasyl gelebt hat, kam man gut mit den Nachbarn aus. Achmed spielte in der Fußballmannschaft; man arbeitete mit, wo man gebraucht wurde; ja, im Grunde war die Familie integriert.

Fatma, Sultan und Achmed haben die Schule besucht. Man könnte heiraten; man will arbeiten; man will endlich leben ... ohne Wartebank, ohne Asyl, ohne Angst.

Aber es kommt noch schlimmer ...

wie nie gedacht. Trotz der Altfallregelung wird behauptet: Man hätte keine Arbeit nachgewiesen. Man hätte dieses und jenes vom »Kleingedruckten« nicht erfüllt. Aber man bekam ja keine Arbeitserlaubnis. Es war, als ob die Logik auf den Kopf gestellt würde – man war ein »Fall« für die Altfallregelung, und war es doch nicht. Wo blieb das menschliche Gesicht, das eigene Geschick?

»Die Bibel bezeugt die unantastbare Würde jedes einzelnen Menschen, unabhängig von der Zugehörigkeit zu einem Volk, zu einer Kultur und zu einer Religion. Sie erzählt viele Geschichten von Menschen, die auf der Flucht und ohne Heimat sind. Heimatlosigkeit ist immer wieder das Los Israels gewesen. Verfolgung und Vertreibung haben bis heute das Schicksal vieler Menschen geprägt. Darum ist und bleibt es Ausdruck und Gebot unseres christlichen Glaubens, für Fremde zu sorgen und Gastfreundschaft zu gewähren. Ich war fremd, und ihr habt mich aufgenommen«, sagt Jesus Christus.

Die Aufnahme von Flüchtlingen ist zugleich eine moralisch verpflichtende Aufgabe, ohne deren Übernahme ein Gemeinwesen die Grundlagen eines humanen Zusammenlebens verliert.«

Gemeinsame Erklärung des Rates der EKD und der deutschen Bischofskonferenz vom 26. 11. 1992.

Kirchen-Asyl

Im Juni 2000 wurde die Abschiebung verfügt. Was blieb denn jetzt der Familie anderes als die Illegalität ... täglich die panische Angst, die Familie könnte aufgegriffen und abgeschoben werden?! Mutter Hatice rast das Herz. Blutdruck 200. Schlaflose Nächte. Die ganzen Traumatisierungen kommen hoch. Der Familie ist ganz elend zumute. Bleibt nur noch der Schutz ins Kirchenasyl. Helft!

Der katholische Dekan in Wehingen wendet sich an seinen Tübinger Kollegen: Ich kann das auf dem Land nicht organisieren. Sieben evangelische und katholische Kirchengemeinden bieten daraufhin ein ökumenisches Kirchenasyl an. Die Aktion »Kein Mensch ist illegal« hilft mit. Die Familie wird

im Pfarrhaus der Martinsgemeinde untergebracht. Die Kirchengemeinden unterstützen die Familie, bestreiten den täglichen Lebensunterhalt; Ärzte verbürgen kostenlose Behandlung. Täglich wächst die Solidarität.

Zum erstenmal seit Wochen atmet die Familie Güler wieder auf. Vielleicht gelingt es doch zu bleiben ... Wurzeln zu schlagen in neuer Heimat.

Spendenkonto

Evangelische Eberhardsgemeinde,
Konto Nr. 5 35 07 bei der Kreissparkasse
Tübingen, Bankleitzahl 641 500 20,
Verwendungszweck: Kurdenasyl

Erläuterungen zu den im »Dossier« (S. 16f.) genannten Organisationen

- 1 Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei (Türkiye Devrimci Komünist Partisi). Die TDKP war ehemals die Verfechterin des »Sozialismus albanischer Prägung«, die nach dem Untergang des »Sozialismus« in Albanien in eine tiefe Krise stürzte. Ihre einzige Rettung aus der tiefen Krise sah die TDKP in ihrer Legalisierung. Die Verteidiger der radikal-revolutionären Linie wurden mit der Zeit von der Partei ausgeschlossen. – Auch wenn sich die TDKP offiziell nicht aufgelöst hat, so existiert sie praktisch nicht mehr.
- 2 Die »Arbeiterpartei Kurdistans« (PKK) wurde im November 1978 in der Türkei gegründet. Die PKK führte seit August 1984 mit Hilfe ihres militärischen Arms, der »Volksbefreiungsarmee Kurdistans« (ARGK), einen Guerillakrieg im Südosten der Türkei. Wegen der »Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung der Bundesrepublik Deutschland« wurde die PKK im November 1993 verboten.
- 3 DIDF (Föderation von Demokratischen Arbeitervereinen aus der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e.V.) wurde im Dezember 1980 als Dachverband von Vereinen aus der Türkei gegründet. DIDF verfügt über engere

Kontakte zu demokratischen Parteien, Organisationen und Menschenrechtsbewegungen in der Türkei, TR-Kurdistan und Europa. DIDF verfügt in ihrem Bestreben für Gleichberechtigung gute Kontakte zu demokratischen Organisationen, Vereinen, Parteien, Initiativen u.a. in Deutschland. In Bündnissen und gemeinsamen Initiativen versucht DIDF eine Brücke aufzubauen, zwischen den Problemen der Ausländer und Migranten und den gemeinsamen Kampf in Deutschland.« (Selbstdarstellung der DIDF). Im Verfassungsschutzbericht Baden-Württembergs wird die DIDF unter »Türken-Linksextremisten« geführt. Dort heißt es: »Im Vordergrund ihrer Agitation standen neben den politischen Verhältnissen in der Türkei auch Bereiche der deutschen Politik. ... Besonders engagierte sich die Vereinigung gegen die Unterschriftenaktion der Unionsparteien hinsichtlich der geplanten Änderung des Staatsbürgerrechts. Ferner standen die Forderung nach einem »Selbstbestimmungsrecht für das kurdische Volk« und Solidaritätsaktionen für die Erdbebenopfer in der Türkei im Vordergrund der Aktivitäten, die von Plakatierungen, Infoständen, Kundgebungen und dem Verteilen von Flugblättern begleitet wurden.«

»Redet Wahrheit«

US-amerikanische und kanadische Rabbiner haben eine jüdische Stellungnahme zu Christen und Christentum verfasst

»Dabru Emat« – Redet Wahrheit: So überschrieben die vier namhaften Rabbiner TIKVA FRYMER-KENSKY, DAVID NOVAK, PETER OCHS und MICHAEL SIGNER ihre Erklärung zu Christen und Christentum, die in großer Aufmachung am 10. September in der *New York Times* erschienen ist. Die vier arbeiten im National Jewish Scholars Project zusammen. Inzwischen haben den Text weitere 214 Rabbinerinnen und Rabbiner sowie weitere jüdische Akademiker unterschrieben, darunter auch DAVID ROSEN aus Jerusalem, der Präsident des Internationalen Rates der Christen und Juden ist. Der Rat sorgte jetzt auch für eine offizielle deutsche Version, die wir im Wortlaut dokumentieren.

In den vergangenen Jahren hat sich ein dramatischer und beispielloser Wandel in den christlich-jüdischen Beziehungen vollzogen. Während des fast zwei Jahrtausende andauernden jüdischen Exils haben Christen das Judentum zumeist als eine gescheiterte Religion oder bestenfalls als eine Vorläuferreligion charakterisiert, die dem Christentum den Weg bereitet und in ihm zur Erfüllung gekommen sei. In den Jahrzehnten nach dem Holocaust hat sich die Christenheit jedoch dramatisch verändert. Eine wachsende Zahl kirchlicher Gremien, unter ihnen sowohl römisch-katholische als auch protestantische, haben in öffentlichen Stellungnahmen ihre Reue über die christliche Misshandlung von Juden und Judentum ausgedrückt. Diese Stellungnahmen haben zudem erklärt, dass christliche Lehre und Predigt reformiert werden können und müssen, um den unver-

ändert gültigen Bund Gottes mit dem jüdischen Volk anzuerkennen und den Beitrag des Judentums zur Weltkultur und zum christlichen Glauben selbst zu würdigen.

Wir sind davon überzeugt, dass diese Veränderungen eine wohl bedachte jüdische Antwort verdienen. Als eine Gruppe jüdischer Gelehrter unterschiedlicher Strömungen – die nur für sich selbst spricht – ist es unsere Überzeugung, dass es für Juden an der Zeit ist, die christlichen Bemühungen um eine Würdigung des Judentums zur Kenntnis zu nehmen. Wir meinen, es ist für Juden an der Zeit, über das nachzudenken, was das Judentum heute zum Christentum zu sagen hat. Als einen ersten Schritt wollen wir in acht kurzen Punkten erläutern, auf welche Weise Juden und Christen miteinander in Beziehung stehen können.

Juden und Christen beten den gleichen Gott an.

Vor dem Aufstieg des Christentums waren es allein die Juden, die den Gott Israels anbeteten. Aber auch Christen beten den Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs, den Schöpfer von Himmel und Erde an. Wenn gleich der christliche Gottesdienst für Juden keine annehmbare religiöse Alternative darstellt, freuen wir uns als jüdische Theologen darüber, dass Abermillionen von Menschen durch das Christentum in eine Beziehung zum Gott Israels getreten sind.

Juden und Christen stützen sich auf die Autorität ein und desselben Buches – die Bibel (das die Juden »Tenach« und die Christen das »Alte Testament« nennen).

In ihm suchen wir nach religiöser Orientierung, spiritueller Bereicherung und Gemeinschaftsbildung und ziehen aus ihm ähnliche Lehren: Gott schuf und erhält das Universum; Gott ging mit dem Volk Israel einen Bund ein und es ist Gottes Wort, das Israel zu einem Leben in Gerechtigkeit leitet; schließlich wird Gott Israel und die gesamte Welt erlösen. Gleichwohl interpretieren Juden und Christen die Bibel in vielen Punkten unterschiedlich. Diese Unterschiede müssen immer respektiert werden.

Christen können den Anspruch des jüdischen Volkes auf das Land Israel respektieren.

Für Juden stellt die Wiedererrichtung eines jüdischen Staates im gelobten Land das bedeutendste Ereignis seit dem Holocaust dar. Als Angehörige einer biblisch begründeten Religion wissen Christen zu würdigen, dass Israel den Juden als physisches Zentrum des Bundes zwischen ihnen und Gott versprochen – und gegeben wurde. Viele Christen unterstützen den Staat Israel aus weit tiefer liegenden Gründen als nur solchen politischer Natur. Als Juden begrü-

ßen wir diese Unterstützung. Darüber hinaus wissen wir, dass die jüdische Tradition gegenüber allen Nicht-Juden, die in einem jüdischen Staat leben, Gerechtigkeit gebietet.

Juden und Christen anerkennen die moralischen Prinzipien der Thora.

Im Zentrum der moralischen Prinzipien der Thora steht die unveräußerliche Heiligkeit und Würde eines jeden Menschen. Wir alle wurden nach dem Bilde Gottes geschaffen. Dieser moralische Schwerpunkt, den wir teilen, kann die Grundlage für ein verbessertes Verhältnis zwischen unseren beiden Gemeinschaften sein. Darüber hinaus kann er auch zur Grundlage eines kraftvollen Zeugnisses für die gesamte Menschheit werden, das der Verbesserung des Lebens unserer Mitmenschen dient und sich gegen Unmoral und Götzendienst richtet, die uns verletzen und entwürdigen. Ein solches Zeugnis ist insbesondere nach den beispiellosen Schrecken des vergangenen Jahrhunderts dringend nötig.

Der Nazismus war kein christliches Phänomen.

Ohne die lange Geschichte des christlichen Antijudaismus und christlicher Gewalt gegen Juden hätte die nationalsozialistische Ideologie keinen Bestand finden und nicht verwirklicht werden können. Zu viele Christen waren an den Grausamkeiten der Nazis gegen die Juden beteiligt oder billigten sie. Andere Christen wiederum protestierten nicht genügend gegen diese Grausamkeiten. Dennoch war der Nationalsozialismus selbst kein zwangsläufiges Produkt des Christentums. Wäre den Nationalsozialisten die Vernichtung der Juden in vollem Umfang gelungen, hätte sich ihre mörderische Raserei weitaus unmittelbarer gegen die Christen gerichtet. Mit Dankbarkeit gedenken wir jener Christen, die während der nationalsozialistischen Herrschaft ihr Leben riskiert oder

DOKUMENTATION

geopfert haben, um Juden zu retten. Dessen eingedenk unterstützen wir die Fortsetzung der jüngsten Anstrengungen in der christlichen Theologie, die Verachtung des Judentums und des jüdischen Volkes eindeutig zurückzuweisen. Wir preisen jene Christen, die diese Lehre der Verachtung ablehnen und klagen sie nicht der Sünden an, die ihre Vorfahren begingen.

Der nach menschlichem Ermessen unüberwindbare Unterschied zwischen Juden und Christen wird nicht eher ausgeräumt werden, bis Gott die gesamte Welt erlösen wird, wie es die Schrift prophezeit.

Christen kennen und dienen Gott durch Jesus Christus und die christliche Tradition. Juden kennen und dienen Gott durch die Thora und die jüdische Tradition. Dieser Unterschied wird weder dadurch aufgelöst, dass eine der Gemeinschaften darauf besteht, die Schrift zutreffender auszulegen als die andere, noch dadurch, dass eine Gemeinschaft politische Macht über die andere ausübt. So wie Juden die Treue der Christen gegenüber ihrer Offenbarung anerkennen, so erwarten auch wir von Christen, dass sie unsere Treue unserer Offenbarung gegenüber respektieren. Weder Jude noch Christ sollten dazu genötigt werden, die Lehre der jeweils anderen Gemeinschaft anzunehmen.

Ein neues Verhältnis zwischen Juden und Christen wird die jüdische Praxis nicht schwächen.

Ein verbessertes Verhältnis wird die von Juden zu Recht befürchtete kulturelle und religiöse Assimilation nicht beschleunigen. Es wird weder die traditionellen jüdischen Formen der Anbetung verändern, noch wird es die Anzahl interreligiöser Ehen zwischen Juden und Nicht-Juden zunehmen lassen, noch wird es mehr Juden dazu bewegen, zum Christentum überzutreten, und auch

nicht zu einer unangebrachten Vermischung von Judentum und Christentum führen. Wir respektieren das Christentum als einen Glauben, der innerhalb des Judentums entstand und nach wie vor wesentliche Kontakte zu ihm hat. Wir betrachten es nicht als eine Erweiterung des Judentums. Nur wenn wir unsere eigenen Traditionen pflegen, können wir in Aufrichtigkeit dieses Verhältnis weiterführen.

Juden und Christen müssen sich gemeinsam für Gerechtigkeit und Frieden einsetzen.

Juden und Christen erkennen, ein jeder auf seine Weise, die Unerlöstheit der Welt, wie sie sich in andauernder Verfolgung, Armut, menschlicher Entwürdigung und Not manifestiert. Obgleich Gerechtigkeit und Frieden letztlich in Gottes Hand liegen, werden unsere gemeinsamen Anstrengungen zusammen mit denen anderer Glaubensgemeinschaften helfen, das Königreich Gottes, auf das wir hoffen und nach dem wir uns sehnen, herbeizuführen. Getrennt und vereint müssen wir daran arbeiten, unserer Welt Gerechtigkeit und Frieden zu bringen. In dieser Bemühung leitet uns die Vision der Propheten Israels:

»In der Folge der Tage wird es geschehen: Da wird der Berg des Hauses des Herrn fest gegründet stehen an der Spitze der Berge und erhaben sein über die Hügel. Zu ihm strömen alle Völker. Dorthin pilgern viele Nationen und sprechen: »Auf, lasst uns hinaufziehen zum Berg des Herrn, zum Hause des Gottes Jakobs! Er lehre uns seine Wege, und wir wollen auf seinen Pfaden wandeln.« (Jesaja 2, 2-3).

Tikva Frymer-Kensky (University of Chicago), David Novak (University of Toronto), Peter Ochs (University of Virginia), Michael Signer (University of Notre Dame). Übersetzung aus dem Englischen: Christoph Münz, Redaktion www.jcrelations.net (Internet-Informationsdienst des Internationalen Rates der Christen und Juden, Martin-Buber-Haus, Heppenheim).

Gerechtigkeit darf nicht ermüden

ULRIKE PFEIL zum 70. Geburtstag von FELICIA LANGNER

Vor zehn Jahren, an ihrem 60. Geburtstag, wurde sie in Stockholm mit dem alternativen Nobelpreis für ihren Einsatz als israelische Anwältin für die Menschenrechte der Palästinenser ausgezeichnet. Es war zugleich der dritte Jahrestag des Palästinenseraufstands »Intifada«. Am 9. Dezember 2000 wurde Felicia Langer, die seit zehn Jahren in Tübingen lebt, 70, und eine neue Intifada erschüttert Israels besetzte Gebiete. Auch Felicia Langer kommt nicht zur Ruhe.

Göttingen, München, Berlin, Dresden, Leipzig, Magdeburg, Heidelberg, Stuttgart, Bad Mergentheim – kaum ein Tag im Terminkalender von Felicia Langer bleibt zur Zeit frei von Vorträgen, Fernsehauftritten und Interviews. Warum sie diesen Stress auf sich nimmt? »Als ich den Preis erhielt, habe ich das als einen Auftrag für die Zukunft verstanden.«

Die Zukunft hat sie aus diesem Auftrag nicht entlassen. Felicia Langer hat Recht behalten, das erfüllt sie mit Trauer. Sie hat vorausgesagt, dass das israelisch-palästinensische Friedensabkommen von Oslo nichts ausrichten würde, sie hat sich bei manchen als Cassandra unbeliebt gemacht. Heute wirkt ihre Kritik um so glaubwürdiger: an der Fortsetzung der israelischen Siedlungspolitik, an der Zerstückelung der palästinensischen Autonomie-Territorien, an der Fortdauer der israelischen Besetzung, der Kontrolle über Wasser und Verkehrswege,

der Unmöglichkeit der Palästinenser, sich ökonomisch zu entwickeln. »Seit neun Jahren warten sie auf die Früchte des Friedens, aber vergeblich.«

Kann sich da jemand ernsthaft wundern, dass die Menschen wieder auf der Straße sind und Steine schleudern? Und doch – in den Medienberichten über brennende Autos, leidenschaftliche Totenfeiern, israelische Luftangriffe kommen Felicia Langer die Ursachen zu kurz. Immer wieder erlebt sie, dass ihrem Publikum wichtige Fakten nicht bekannt sind. Etwa die Zunahme der Siedler in den besetzten Gebieten »von 92 000 auf 200 000« seit dem »Frieden«; etwa die Dickfelligkeit, mit der die israelische Regierung UN-Resolutionen und andere internationale Verurteilungen ignoriert.

Nur internationaler Druck, da ist sich Felicia Langer sicher, könne in Israel etwas bewirken, den Gegnern der Siedlungspolitik, den Friedenskräften den Rücken stärken. »Israel«, sagt Langer, »hat bisher noch nicht gespürt, dass es Sympathien verliert, es ist immer straffrei ausgegangen.« Immer wieder hat Felicia Langer auch in ihren Büchern darauf hingewiesen, dass eine Politik der Unterwerfung die übermächtige Gesellschaft selbst beschädigt: physisch durch den Blutzoll der Soldaten und der zivilen Opfer von Anschlägen; psychisch durch eine »Erosion der Moral«. »Die Palästinenser«, sagt sie, »haben auf eine Politik der kleinen Schritte gehofft. Sie ließen sich darauf ein, dass die

großen Themen – Ostjerusalem, die Flüchtlinge, Abzug des Militärs, die Siedlungen – ausgeklammert blieben. Jetzt bezahlen sie den Preis – aber auch wir.«

Das kleine Arbeitszimmer in ihrer Wohnung im vierten Stock eines Hochhauses in der Tübinger Nordstadt ist voller Bücher, Fotos, Urkunden, Andenken dankbarer früherer Mandanten. Täglich zieht sie aus dem Fax aktuelle Berichte. Aus Bethlehem schreibt ein befreundeter Journalist von einem vierstündigen Beschuss mit Granatfeuer, von neuen Verwundeten. »Man wird dort dieses Jahr kein Weihnachten feiern«, seufzt Felicia Langer.

Dabei könnte das Leben schön sein, im Ruhestand, mit ihrem stets heiteren, stets unterstützenden Mann Mieciu, dem Holocaust-Überleben – den, dessen Geschichte sie in einem Buch niedergeschrieben hat. Mit den vier Enkeln, das jüngste viereinhalb Monate alt. Mit dem Sohn, der als »singer Rabbi« auf der Bühne erfolgreich ist. Mit der guten Schwiegertochter, den freundlichen Hausgenossen, dem Blick auf die Schwäbische Alb, den vielen »wunder-

baren« Freunden, die das Paar in Tübingen gefunden hat. »So schöne Geselligkeit hatten wir in Israel nicht«, sagt Felicia Langer, »durch meine Arbeit waren wir dort mehr isoliert.« Sie hat diese Arbeit aufgegeben aus Verdruss über das Rechtssystem. Deutschland, ein Exil? »Nein, überhaupt nicht. Tübingen ist jetzt mein Zuhause. Und Israel ist meine Heimat.« Das Telefon klingelt. Die Veranstaltung in Karlsruhe, nächste Woche. Felicia Langer war mit dem Plakat nicht zufrieden. »Da steht, ich spreche über Palästina. Aber ich spreche auch über Israel!« Die Dinge genau zu nehmen war wichtig in ihrem Anwaltsberuf. Aber schon tut es ihr Leid, den Anrufer verunsichert zu haben. »Ich bin eine kämpferische Person, wissen Sie, aber mein Herz ist weich. Es wird eine gute Veranstaltung werden. Inshallah, ich hoffe!«

Sie wird nicht zur Ruhe kommen, auch nicht mit 70. Die große israelische Tageszeitung »Maariv« hat kürzlich ein aktuelles vierseitiges Interview mit ihr gebracht. Die Überschrift hieß »Felicia Langer kämpft weiter«.

Ich
will
mehr
wissen



über Religiösen Sozialismus

Bitte einsenden an:
BRSD, c/o Martina Ludwig, Hohensteiner Str. 12,
09117 Chemnitz, Telefon/-fax: 0371-8577366

- Bitte schickt mir weitere Informationen über den BRSD.
- Wer, wenn nicht wir? Wann, wenn nicht jetzt? Ich möchte eintreten!
Der Mitgliedsbeitrag beträgt zur Zeit 90 DM pro Jahr (ermäßigt 50 DM) inklusive CuS-Abo.
- Ich möchte Christin und Sozialistin / Christ und Sozialist abonnieren.
- Ich möchte ein Abo verschenken.
Das Abonnement kostet zur Zeit 30 DM (im Ausland 35 DM) inklusive Versand.

Vorname: _____
Nachname: _____
Straße Nr.: _____
PLZ Ort: _____
Telefon: _____
Telefax: _____

Keiner Partei sollte erlaubt werden, einseitig die Straße zum Frieden zu versperren

Stellungnahme der Internationalen Liga Religiöser Sozialistinnen und Sozialisten (ILRS) zur Lage im Nahen Osten

Wir, die wir uns in Budapest zum Kongress des Internationalen Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten (Mitglied der Sozialistischen Internationale) vom 13. bis 15. Oktober 2000 versammelt haben, drücken unsere tiefe Besorgnis aus über den gegenwärtigen Stand des Friedensprozesses zwischen Israelis und Palästinensern.

Der ILRS-Kongress ruft dringend dazu auf, die UN-Resolutionen (242, 338) als Basis für einen gerechten und dauerhaften Frieden umzusetzen.

Als Gläubige verschiedener Religionen beklagen wir die falsche und schlimme Rolle, die religiöse Überzeugung im Konflikt durch Verschärfung von Spannungen und Entzünden von Hass zwischen Menschen spielt. Für uns stehen Toleranz, Respekt und das Stiften des Friedens im Zentrum jeder Religion und dies sowohl im Nahen Osten wie auch in Europa und in anderen Teilen der Welt.

Uns schwebt ein Jerusalem als ein Beispiel von Koexistenz und Kooperation zwischen religiösen Institutionen und Gläubigen verschiedener Religionen vor, die gemeinsam Sorge und Verantwortung für die heilige Stadt übernehmen. Die Stadt sollte beiden Staaten Israel und Palästina als Hauptstadt dienen.

Die Anstrengungen für eine Friedenslösung müssen intensiviert werden. Das Prinzip des Tauschs »Land für Frieden« muss wiederholt werden. Keine Partei wird Sicher-

heit auf Kosten der anderen gewinnen. Sicherheit kann nur als ein gemeinsames Unternehmen erreicht werden.

Der ILRS erkennt die Gefahr der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen in der ganzen Gegend und die Notwendigkeit, sie unschädlich zu machen. Die Sicherheit der Region kann nicht in einem Rüstungswettlauf liegen, sondern in fairen Gesprächen und Vereinbarungen zur Abrüstung.

Wir bestätigen unsere tiefe Sorge um die Beachtung der Menschenrechte auf politischer, sozialer oder kultureller Ebene.

Wir fordern internationale Unterstützung, um die ökonomische und soziale Situation in Palästina zu verbessern. Es gibt keinen wirklichen Frieden ohne Gerechtigkeit.

Ebenso fordern wir eine faire Lösung bei der Nutzung der lokalen Ressourcen z. B. des Wassers.

Die Weltgemeinschaft muss die volle Verantwortung für den Friedensprozess übernehmen. Wir haben Ergebnisse nicht dafür erzielt, dass sie wieder aufs Spiel gesetzt werden, sondern dafür, dass alle Parteien verpflichtet werden, für eine umfassende, gerechte und friedliche Lösung Verhandlungen zu führen. Keiner Partei sollte erlaubt werden, einseitig die Straße zum Frieden zu versperren. Ebenso fordern wir die Arbeiterbewegung, die religiösen Gemeinschaften und die Nicht-Regierungsorganisationen auf, die Friedensbewegungen aller Seiten aktiv zu unterstützen.

Übersetzung: Reinhard Gaede, BRSD

Internationaler Kongress Religiöser Sozialistinnen und Sozialisten in Budapest

Vom 13. bis 15. Oktober 2000 tagte in Budapest die Internationale Liga Religiöser Sozialistinnen und Sozialisten (ILRS). Für die deutsche Delegation berichtet REINHARD GAEDE. (FOTOS: DARIUS DUNKER)

Bei herbstlichen Temperaturen führen wir aus Deutschland ab, sommerliche Wärme empfing uns in Budapest. Ein kleines Hotel außerhalb des Zentrums galt es zu erreichen. Ein Taxifahrer bot uns schon beim Aussteigen aus dem Zug seine Dienste an. Einen Nachmittag hatten wir, Darius Dunker und ich, am Vortag noch Zeit, Sehenswürdigkeiten anzusehen: Kettenbrücke, Elisabethbrücke, die Promenade am Donauufer, Burgpalast, Matthiaskirche und Fischerbasti. Glanz einer Metropole, aber auch arme Menschen in Straßen und Parks.

Ein Bus brachte uns am Freitagmorgen ins Tagungsgebäude, die Parteizentrale der Ungarischen Sozialistischen Partei; etwa 35 weitgereiste Gäste aus Bulgarien, Deutschland, Finnland, Großbritannien, Italien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz, Ukraine, USA, dazu etwa gleich viele Ungarn. Freundlich und liebenswürdig haben unsere Gastgeber sich um uns gekümmert. Besonders mit der

älteren Generation ergab sich ein lebhafter Austausch, auch in deutscher Sprache. Historische Verbindungen mit Österreich wirken nach.

Die Delegiertenversammlung am Freitag konnte die umfangreiche Tagesordnung nur zum Teil bewältigen. Ein neues Exekutivkomitee wurde gewählt. Präsident Evert Svensson (Schweden), Vizepräsidentin Irene Häberle (Schweiz), Vizepräsident Harry Watson (Großbritannien), Generalsekretär Andrew Hammer (USA), Schatzmeister Johan van Workum (Niederlande). Als Stellvertreterinnen: Ona Kupriene (Litauen), Judy Deutsch (USA), Bev Thomas (GB), NN, als Stellvertreter: Tapio Lampinen (Finnland), Stefano Ceccanti (Italien), Gyula Hegyi (Ungarn), Alois Reisenbichler (Österreich).

Walter Pusch (Österreich) und Mariann Ytterberg (Schweden) haben als Tagungspräsidenten den Vorsitzenden unterstützt. Nicht unwichtig sind finanzielle Fragen. Der Jahresbeitrag beträgt pro



Evert Svensson, Präsident der ILRS

nationale Organisation 200 Dollar, arme Gruppen zahlen einen symbolischen Beitrag von 20 Dollar. Trotzdem war eine ganze Reihe nationaler Organisationen, leider auch der deutsche Bund, säumig mit den Beitragszahlungen. In die Lücke getreten waren wie so oft die Schweden mit der Olof-Palme-Stiftung, ebenso mit Einsatz ihrer an Mitgliedern starken Organisation.

Evert Svensson gab den Bericht des Präsidenten. Das letzte Treffen des ILRS fand in Hanassari (Finnland) 1997 statt. »Der Preis der Freiheit und die Kosten der Armut« war damals das Thema. Damals war es auch zu einer Begegnung mit Muslimen gekommen. Im Sept. 1996 wurde der ILRS assoziiertes Mitglied der Sozialistischen Internationale. Er nimmt an Ratssitzungen und Kongressen teil und hat 4 Delegiertensitze. Als Mitglied des Nah-Ost-Komitees hat Evert für den Friedensprozess gearbeitet. Bei einem SKongress in Paris wurde Kontakt mit ungarischen Delegierten aufgenommen und mit Eva Adam, der Sekretärin der MSZP, wurde der Kongress in Budapest vorbereitet. Der ILRS war auch auf Parteikongressen in Schweden und England vertreten. Ebenso besuchte Evert nationale Zweige des ILRS. Der österreichische Kongress in Mauthausen (März 1999) widmete sich dem Wider-

stand gegen die Politik Jörg Haiders und seiner rechtsradikalen FPÖ.

Als neue Mitglieder hatten sich Organisationen aus Lettland, Italien, Ungarn und Bulgarien beworben. Wegen der schwierigen Lage in Bulgarien – 5 Parteien beanspruchten dort eine sozialdemokratische Orientierung – wurde das Aufnahmeverfahren verschoben. Später wurde die bulgarische Gruppe mit Beobachter-Status, die übrigen Organisationen als Mitglieder zugelassen. Ich selbst habe für eine Mitgliedschaft auch der bulgarischen Delegation votiert. Sie war nach dem Prinzip der Repräsentation zusammengesetzt: Verschiedene Konfessionen und Religionen waren ebenso vertreten wie die Minderheit der Roma und eine Bürgerrechtsbewegung.

Die offizielle Eröffnung des Kongresses am Abend brachte eine Fülle von Grußworten – sicher ermüdend für manche Delegierte. Aber wer schon etwas Einblick in die Situation unserer ungarischen Freundinnen und Freunde hatte, konnte einen gesellschaftlichen Wandel beobachten. Die aus Reformkommunisten hervorgegangene Ungarische Sozialistische Partei zeigte Offenheit und Interesse am Dialog mit demokratischen Parteien. Sie verzichtete auch auf einen Monopolanspruch und hatte die Vertreter der historischen Sozialdemokratie eingeladen, die z.T. unter der Diktatur gelitten hatten. Neben uns saßen zwei Delegierte der »Sozialdemokratisch-Christlichen Union«, die bei der letzten Wahl 2% der Stimmen erhalten hatten. Freilich hatte sich auch das Exekutivkomitee für diese Offenheit eingesetzt. Es wurden auch Grußworte der historischen Kirchen bzw. ökumenischer Organisationen vorgelesen. Sogar die christlichen Demokraten waren vertreten. Ein Teil von ihnen arbeitet in der bürgerlichen Regierung mit, ein Teil steht in Opposition wie auch die MSZP. Wertvoller als alle Erklärungen waren für uns die persönlichen Kontakte, Gespräche bei Mahlzeiten und in Pausen.



Nach dem Abendessen stellten sich die Landesorganisationen vor, z.T. mit Symbolen ihrer Länder.

Der Samstag stand dann im Zeichen der Hauptreferate zum Thema Demokratie. Über Politik, Religion, Verfassung sprach Dr. Magda Kosa – Kovacz, MP, Vorsitzende des parlamentarischen Komitees Religion, Minderheiten, Menschenrechte. Ungarn ist heute eine säkulare Gesellschaft, 28% erklären sich für nicht-religiös, allerdings sind nur 7% nicht getauft, 13% sind kirchlich gebunden, 56% erklären sich für religiös in ihrer eigenen Weise. Gewissens- und Religionsfreiheit ist heute Ergebnis des Kampfes für Demokratie. Heute sind mehr als 90 Kirchen registriert. Die sozialistisch-liberale Regierung hatte zwischen 1994 und 1998 Rahmengesetze erlassen. Menschen konnten über einen Teil ihrer Steuern selbst verfügen und ihn religiösen Gemeinschaften widmen. Die bürgerliche Regierung hat derzeit mit 6 Kirchen für sie vorteilhafte finanzielle Vereinbarungen getroffen, was die Sozialisten als nicht verfassungsgemäß kritisieren. Sie treten für Autonomie der Kirchen und ihre Gleichheit ein.



Einige Mitglieder des neuen Exekutivkomitees (von links nach rechts): Tipo Lampinen (Finnland), Evert Svensson (Schweden), Irène Häberle (Schweiz), Bev Thomas (Großbritannien), Alois Reisenbichler (Österreich) und Andrew Hammer (USA).

Gyula Hegyi, Mitglied des Europäischen Parlaments, sprach über gemeinsame Verantwortung von Sozialdemokratie und Kirchen in Mittel- und Osteuropa. Nach einem Witz brachte er es auf den Punkt: Das Wahre und das Nützliche müsse ins Verhältnis gebracht werden. So könnten die soziale Lehre der Kirche und Wohlfahrtspolitik im Ziel zusammenkommen. Er zitierte die Charta des Europarats. 53 Artikel beziehen sich auf Würde, Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Bürgerrechte, Gerechtigkeit. Aber reiche Regierungen respektierten die Vereinbarungen nicht. Ausdrücklich kritisierte dies Bemerkung Deutschland und die Niederlande. Streikrechte, Behindertenrechte seien nicht erwähnt und Umweltschutz werde nur oberflächlich behandelt. Das Problem der ungarischen Gesellschaft sei heute, die Reichen würden immer reicher, die Armen immer ärmer. (Das kommt uns so bekannt vor!)

Das dritte Referat kam aus Südafrika. Cedric Mayson, Methodist, ehemals Mitglied der Regierung des ANC, war verhindert. So wurde sein Referat vorgelesen. Es sprach über religiöse, ökonomische und soziale Wurzeln der Südafrikaner, über die Ära

der Apartheid und über den Kampf dagegen als Teil eines weltweiten Kampfes. Präsident Mandela hatte 1997 die religiösen Führer zur Zusammenarbeit mit dem Staat aufgerufen, um die Gesellschaft aufzubauen, aber das Nationale Forum der religiösen Leiter blieb schlaff, da ihre Akteure nur auf Selbstdarstellung bedacht waren. Faktoren einer afrikanischen Renaissance sieht C. Mayson im Kairos Dokument, das die Kirchen im Kampf gegen Apartheid sich zu eigen gemacht hatten: Die Kirche kann mit der Tyrannei nicht zusammenarbeiten. Sie muss auch ihre Mitglieder mobilisieren, um für gesellschaftlichen Wandel zu arbeiten mit Hoffnung für eine bessere Zukunft. »Wir brauchen noch ein System, um den Reichtum der Welt gerecht neu zu verteilen.« C. Mayson forderte eine Befreiung der Theologie von weißen westlich-kapitalistischen Herrschaftsansprüchen und eine Rückkehr zur Reich-Gottes-Botschaft Jesu. Nach dem Vortrag sprach Bev Thomas über Rassismus als ein Problem von Institutionen in England. Ihre Eltern kommen aus Jamaika, so kennt sie die Situation eingewanderter Familien. Gyula Hegyi hob in der Diskussion mit Recht hervor: Die Kluft zwischen Arm und Reich muss mit Hilfe einer Steuerpolitik geschlossen werden.

»Schweden – Eine starke Demokratie stärker zu machen« – das war das Thema eines Vortrags von Prof. Dr. Erik Amna. Er berichtete über Ergebnisse der Regierungskommission »Schwedische Demokratie«. Die Studien untersucht Einstellungen von Wählern/innen mit dem Ziel, deren Beteiligung zu entwickeln. Dabei ist die Wahlbeteiligung mit 80% nach unsern Maßstäben hoch. Was sind die Gründe für Wahlverweigerung? 1. Erstwähler/innen wollen als kritische Subjekte wahrgenommen werden, vermissen oft Informationen und hassen oft die Art, wie Journalisten und Parteien mit ihnen umgehen. 2. Andere Gruppen kritisieren Parteiführungen, die so tun, als würden



Kreuzfahrtschiffe auf der Donau, die sich kaum ein Ungar leisten könnte.

die Wähler/innen nicht gebraucht. 3. Eine Gruppe von »Freifahrern« will nur nehmen, nicht geben. 4. Andere glauben, Parteien nicht zu brauchen. 5. Soziale Aktivisten suchen andere Kanäle, weil Parteien die Probleme nicht lösten. 6. Schließlich gibt es Feinde der Demokratie, die demokratische Angebote nur mit dem Ziel nutzen, die Demokratie zu zerstören.

Am Samstagnachmittag hatten wir die Chance, in Workshops uns einzubringen. Während sonst nur die Engländer das Privileg hatten, ihre Muttersprache zu gebrauchen, kamen jetzt auch die deutschsprachigen Gruppen zu diesem Vorteil. Eine Gruppe von Ungarinnen und Ungarn, denen die deutsche Sprache näher liegt als die englische, schlossen sich an und hatten eine sprachkundige Freundin und einen sprachkundigen Freund zur Übersetzung bei sich. Irene Häberle verwies auf die Studie von Urs Eigenmann: Gesellschaftsvertrag und Reich Gottes. Prof. Dr. Istvan Orosz, Vorsitzender der religiösen Sektion der MSZP erklärte uns die Situation der ungarischen Kirchen. 40 Jahre war ihr Ziel nur das Überleben während der kommunistischen Ära. 1989 nach der Wende war Religionsfreiheit garantiert, aber die finanziellen Mittel fehlten. So brauchen sie auch heute noch die Unterstützung des Staates. Gebäude wurden zurückgegeben. Ein Konkordat gibt es nur mit der katholischen Kirche. Sie und die Reformierten stehen gut da. 1% der Steuer kann

an sie überwiesen werden. Daneben gibt es die Klein-Kirchen. 10 Leute mit einem Programm können eine Kirche gründen. Das gibt Probleme. Zwar ist die Säkularisation fortgeschritten, doch sind die meisten gläubig. Es kommt zu einer Renaissance des kirchlichen Lebens. Viele junge Leute melden sich zur Erwachsenen-Taufe an. Ein griechisch-katholischer Priester wies auf die großen sozialen Gegensätze in Ungarn hin.

Der ereignisreiche Tag klang aus mit einem Empfang, den die ungarische Delegation gab. Nach vielen intelligenten Reden zeigte hier der Kongress seine Seele. Evert Svensson wurde als Präsident für seine unermüdliche Arbeit geehrt. Asta Pusch wurde als Vizepräsidentin mit Ehrung verabschiedet. Sie hat uns in Deutschland ganz treu regelmäßig besucht. Auch unsere Betreuerinnen Eva Adam, Sekretärin der MSZP und Edit Koritz, Mitarbeiterin der Partei wurden mit Blumen geehrt. Siropa Lampinen, Kantorin aus Finnland brachte die Gruppen zum Singen. Dann genossen wir das leckere Abendessen und den Wein bei Gesprächen.

Der Sonntag begann mit einem ökumenischen Gottesdienst in Csillaghegy, einer nördlichen Vorstadt von Budapest. Die lutherische Gemeinde ist für ihr hervorragendes Schulwesen berühmt, die Gemeindeglieder sind deutsche und slovakischer Herkunft, offen für andere Kulturen, engagiert für Bürgerrechte. Die Kirche steht in einem Viertel, das von der »Arbeiterklasse« bewohnt ist und auch soziale Brennpunkte hat. Ihr Pfarrer Laslo Donath predigte in deutscher Sprache über Joh. 17, 20-26. Er sah uns an und sagte: »Schön ist dieses sanfte Babel.« Jesu Gebet um Einheit verstand er so: »Jesus hat nicht um die Einheit der Ordnung

und auch nicht um die einheitliche Ordnung gebetet, sondern darum, dass »sie alle eins seien, wie du Vater in mir bist.« »Jede Art und Form der Ausbeutung ficht die in unserm Glauben getragene schöpferische Einheit an, und sie diabolisiert die Menschen.« Gegenüber vielfältigen fundamentalistischen, atavistischen Tendenzen sah er in Kierkegaard, Schweitzer, Barth, Ragaz, Buber, Bonhoeffer, Theilhard de Chardin und Tillich echte Jünger Jesu. Nach Faschismus, Stalinismus und den ersten 10 Jahren des neuen Kapitalismus fragen wir nach dem Sinn des Lebens, den wir in individueller Entscheidung und Verantwortung gewinnen, sagte er. »Die Liebe ist das, was mehr als die Wahrheit und das Leben ist.« (V. 26) Auch eine Predigt in englischer Sprache über Worte der Bergpredigt wurde gehalten von Ilona Szent-Ivanyi, Pfarrerin der unitarischen Kirche.

In einer Schlussrunde nahmen wir zwei Resolutionen an, eine zur Gefährdung des Friedens im Nahen Osten und eine für Bürgerrechte gegen Rassismus und Intoleranz.

Das Exekutivkomitee arbeitete noch eine Weile weiter, einige hatten noch Zeit für eine Stadtrundfahrt am nächsten Tag.

Ungarisch lernt man nicht leicht, aber den Sinn des Leitspruches im Sitzungssaal haben wir verstanden: »Szabadság, Igazságosság, Szolidaritás« heißt Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität.



Im Sitzungssaal der Ungarischen Sozialistischen Partei (HSZP)

Internationale Liga fordert Verbot der rassistischen und sexistischen Diskriminierung

Angesichts der Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien in vielen Ländern Europas und der zunehmenden Fremdenfeindlichkeit in vielen Ländern hat die Internationale Liga Religiöser Sozialistinnen und Sozialisten folgende Erklärung beschlossen.

Erklärung zum Schutz der Rechte von Bürgerinnen und Bürgern

Der Kongress der Internationalen Liga Religiöser Sozialistinnen und Sozialisten, der sich in Budapest vom 13.- 15. Oktober 2000 getroffen hatte, ist tief besorgt über Gewohnheiten in der Politik, Spannungen zwischen Völkern und Rassen auszunutzen.

Er ist besorgt über Wahlergebnisse, die in verschiedenen europäischen Ländern (Belgien, Österreich, Schweiz) und anderswo zeigen, dass einige Politiker und Politikerinnen darin Erfolg haben, dass sie »die ethnische Karte spielen«.

Der ILRS-Kongress erklärt laut und deutlich, dass Diskriminierung auf Grund von Zugehörigkeit zu einer Rasse oder einem Volk dem tiefsten Wesen von Demokratie und speziell von Religiösem Sozialismus widerspricht, weil alle menschlichen Lebewesen vor Gott gleich sind.

Der ILRS-Kongress verurteilt scharf Politiker und Politikerinnen, die ethnische oder rassistische Spannungen ausnutzen, um Stimmen von Wählern und Wählerinnen zu gewinnen.

Der ILRS-Kongress ruft alle Politiker und Politikerinnen auf, damit aufzuhören, dass rassistische oder ethnische Unterschiede po-

litisch ausgenutzt werden, und fordert sie auf, dieses zu verhindern.

Der ILRS-Kongress ruft alle Kirchen, religiöse Gruppen und ihre Mitglieder auf, sich aktiv der Fremdenfeindlichkeit und ethnischen Diskriminierung zu widersetzen.

Der ILRS-Kongress ruft die Regierungen aller demokratischen Länder auf, Minderheitenrechte anzuerkennen und Politik so zu entwickeln, dass ein vollwertiges Bürgerrecht für alle Bewohnerinnen und Bewohner in ihrem Land verwirklicht wird.

Der ILRS-Kongress ruft die Regierungen und Parlamente auf, in ihre Gesetze aufzunehmen, dass Diskriminierung von Rasse, Religion und Volkszugehörigkeit, die Diskriminierung von Zugehörigkeit zum männlichen oder weiblichen Geschlecht oder von Sexualität verboten ist und solche Diskriminierung bestraft werden muss.

In diesem Geist wird der ILRS eine Kampagne gegen religiösen und politischen Extremismus starten, um gegen die Kräfte eines starren Fundamentalismus in Religion und gegen soziale Ausgrenzung von Menschen zu kämpfen.

Kubas eroberte Hoffnungen – (nicht nur) für Lateinamerika

Ein Reisebericht von ERNST KULPE

Dieser Tage fiel mir das Buch von Che Guevara und Raul Castro »Die Eroberung der Hoffnung« – geschrieben in den Jahren 1956/57 – wieder in die Hände. Und ich lese aus den Losungen der »Revolutionären Bewegung 26. Juli« an das Land: »...Für wen vergießen wir unser Blut, wenn nicht für die Armen in Kuba?« und da fällt mir ein Gespräch mit einem einfachen Kubaner am Atemantik-Strand von Ost-Kuba ein, der voller Stolz bekannte: »Wir sind arm, aber unsere Armut ist einigermaßen gleichmäßig verteilt. Es ist eine würdige Armut.« Dazu Meinungen junger Menschen auf eine Umfrage »Lebensträume, Lebensräume« in einer überregionalen Tages-

zeitung: »...fand ich es toll, wie dort die Menschen miteinander umgehen.« Eine weitere Antwort: »Die Wärme, die Herzlichkeit und die Offenheit der Kubaner haben mich sehr beeindruckt. Fasziniert war ich von dem Stolz der Kubaner auf ihr Land, die Revolution und ihre Kämpfer. Ein Gefühl, das ich für Deutschland nicht empfinden kann.« Meinungen Jugendlicher zwischen 16 und 18 Jahren, die ihr Lebensglück in Kuba suchen wollen. Erkenntnisse junger Menschen, dass Geld und Besitz im Leben nicht das allein Erstrebenswerte sein kann, dass das Miteinander und Füreinander der Menschen letztendlich mehr wert ist. Ergänzend dazu die Meinung einer Blumenverkäuferin in Havanna auf die Frage eines NBC-Teams während des Papst-

besuches, als Kubaner Rosen für je 2 Pesos (bei 200 Pe-



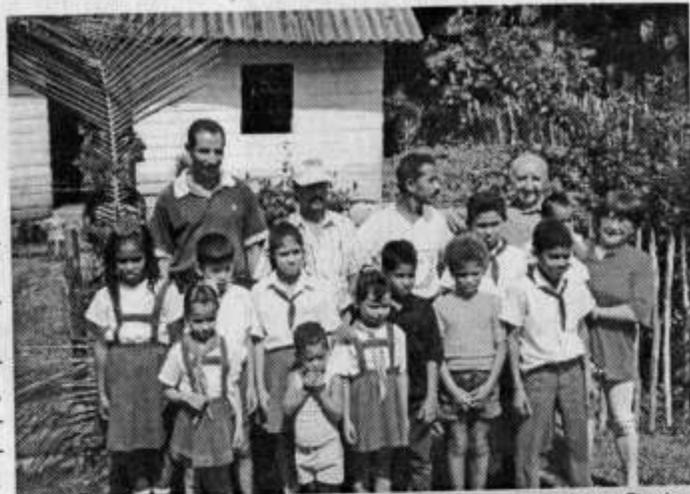
Bei der Zuckerrohr-Ernte

Foto: B. Höhn

505 Monatsverdienst!) kauften: »Ein Volk, das Blumen kauft, lebt!« All diese Eindrücke können meine Frau und ich nur bestätigen.

Unsere erste Kuba-Reise (1993) war eine Rundreise: Havanna, Provinz Pinar del Rio (Tabakanbau), So-roa (Orchideengarten), Tal von Vinales; Halbinsel Zapata, Cienuegos, Trinidad, Varadero; Inlandflug nach Cayo Largo und Santiago de Cuba. Die zweite (1998) war eine spezielle Flora-Fauna-Reise im Osten Kubas: Baracoa mit dem Nationalpark »Alexander von Humboldt« und die weitere Umgebung. Den vorläufigen Abschluss bildete für mich ein »Cuba si-Workcamp« in der Agrargenossenschaft Sabanilla (Provinz Sancti Spiritus/ Mittelkuba).

Diese unterschiedlichen Arten von Kuba-Reisen gaben uns die Gelegenheit, die verschiedenen Seiten Kubas näher kennen zu lernen. Die Rundreise vermittelte lediglich typische Touristen-Eindrücke. Trotzdem lernten wir auch hier, durch Vermittlung eines Hotel-Betreuers, eine typisch kubanische Familie am Stadtrand von Varadero kennen: einfaches eingeschossiges Wohnhaus mit dem obligatorischen »Schaukelstuhl-Vorplatz« sowie einer Innen- und Außen-Küche. Ein frisch zubereiteter Kuba-Mokka war der Willkommenstrunk. Interessant war zu erfahren, dass diese kleinen Häuser fast ausnahmslos Eigentum waren. Will ein junges Paar heiraten, braucht es eine Wohnung, verfährt man folgendermaßen: Die Baubrigade des Betriebes wird mit der Errichtung beauftragt. Die späteren Eigentümer leisten in einem gewissen Zeitraum zusätzliche Ar-



Besuch in der Bergschule »Los Cacaos« nahe Baracoa Foto: Garcia

beit (um den Produktionsausfall der Bauspezialisten auszugleichen). Nach dem Bezug werden die Materialkosten in Raten abbezahlt und das Haus ist ihr Eigentum. Es darf allerdings nicht verkauft werden, sondern nur vererbt bzw. getauscht.

Immobilien-Spekulationen sind also ausgeschlossen!

Es ist daher nur zu verständlich, wenn die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM), die größte Nichtregierungsorganisation der neuen Bundesländer, Kubas Staatspräsidenten Fidel Castro den Menschenrechtspreis des Jahres 1998 verlieh – verbunden mit einem Scheck von über 10.000 DM für ein Altenheim in Kuba!

Die von der UNO (seit 1948) geforderten Menschenrechte, wie das Recht auf soziale Sicherheit (Ernährung, Gesundheit, Bildung/ UN-Art. 23) und das Recht auf Wohnung (UN-Art. 25) sind in Kuba weitgehend verwirklicht.

Dies kam auch in den Veranstaltungen zum 50. Jahrestag der Weltgesundheitsorganisation (WHO) im Mai 1998 in Genf zum Ausdruck. Dort erhielt Fidel Castro vom WHO-Präsidenten, Hiroshi Nakayama, als

erster die Medaille »Gesundheit für Alle«, da in Kuba die Forderungen des WHO-Programms »Gesundheit für Alle im Jahr 2000« bereits seit 1983 (1) erfüllt sind. Die Kindersterblichkeit bis zum Ende des ersten Lebensjahres liegt bei nur 6,4 auf 1000 Lebendgeburten. Kuba hat einen Arzt je 176 Einwohner. Was uns besonders auffiel, war die sprichwörtliche Sauberkeit, nicht nur in den Hotels, sondern auch der »einfachen« Menschen und besonders der Kinder. Man erklärte uns das mit einer Art »zweiter Revolution«. Zu Beginn der sechziger Jahre startete man eine Kampagne »Sauberkeit ist die halbe Gesundheit«, und dies behielt man bis heute bei. Und das, obwohl inzwischen Seife (und andere Waschmittel) nicht zuletzt durch das US-Embargo zum Engpass wurde.

In diesem Zusammenhang sei noch darauf hingewiesen, dass Kuba auf verschiedenen medizinischen Gebieten führend ist. So z.B. bei der Behandlung der Retinitis pigmentosa (Pigmententartung der Netzhaut), die fast immer zur Erblindung führt und bei etwa 10 % der Betroffenen auch Taubheit zur Folge hat.

Prof. Dr. Orfilio Peláez konnte auf dem 2. Internationalen Symposium im Oktober 1998 in Varadero berichten, dass im Internationalen Zentrum für Ophthalmologie »C. Cienfuegos« in Havanna bisher Patienten aus 70 Ländern behandelt und 5.590 chirurgische Eingriffe vorgenommen wurden. Und in Deutschland (etwa 40.000 Betroffene!) sollte ein kleines bayrisches Kuba-Reisebüro, das auch derartige medizi-



Mitarbeiter(in) der Agrargenossenschaft Sabanilla...

nische Behandlungen vermittelt, vom ärztlichen Direktor einer Selbsthilfegruppe (DRPV) juristisch wegen Wettbewerbsverzerrung und Betrug belangt werden! Inzwischen wurde das Verfahren jedoch eingestellt.

Überwältigend waren natürlich auch die landschaftlichen Schönheiten, ganz gleich ob im Tal von Vinales, auf der Zapata-Halbinsel oder beim Überfliegen der Sierra Maestra.

Dies galt ganz besonders für Ost-Kuba, für den Nationalpark »Alejandro de Humboldt«, den Tafelberg Yunque und die historische Stadt Baracoa. Dort trafen wir mit Dr. Alberto Garcia zusammen, der sich um die Zusammenarbeit von Landwirtschaft und Ökologie bemüht und nebenbei auch Touristen betreut. Da Alberto zu DDR-Zeiten an der Staatlichen Forsthochschule in Tharandt bei Dresden Biologie studiert und dort auch promoviert hat, gab es sprachlich keine Schwierigkeiten. Bei den fast täglichen Ausflügen hatten wir auch viele

Begegnungen mit älteren Bürgern auf dem Lande. Trotzdem man nicht mit allem zufrieden war, sagte man uns: »Wir wissen,

was wir zu verlieren haben!« In den Zeiten vor der letzten Revolution waren viele Dienstleistende der amerikanischen Oberschicht in Kuba. In diesen Zeiten hatte der US-Botschafter mehr zu sagen als der kubanische Präsident. Die durchschnittliche Lebenserwartung der Menschen war bedeutend niedriger und die Analphabetenrate lag bei 40 Prozent und

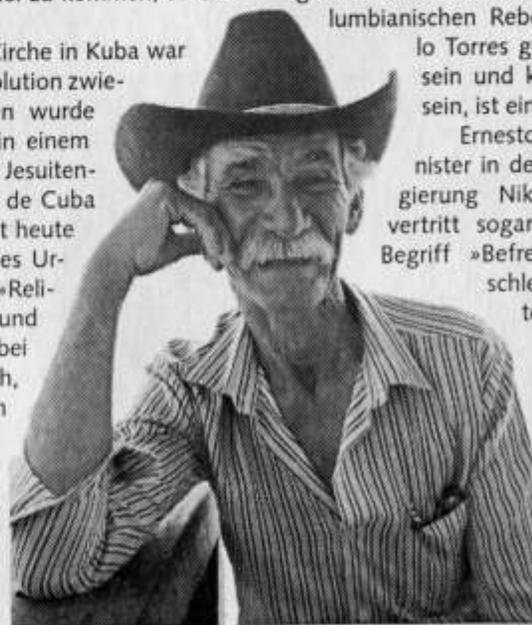
höher. Diese Menschen wissen die soziale Sicherheit, auch die Zukunft ihrer Kinder, als Errungenschaft der Revolution sehr zu schätzen.

Interessant war, vom Küster der katholischen Pfarrkirche von Baracoa zu erfahren, dass dort die nur noch 60 cm langen Reste eines einst mächtigen Holzkreuzes, des »Kreuzes des Weinstocks«, das Kolumbus selbst aus einheimischem Holz geschnitzt und aufgestellt haben soll, in einem Schrein aufbewahrt wird. Eine Nachbildung in voller Größe steht heute noch an der Bucht von Porto Santo. Gegenüber der Pfarrkirche steht die Büste des Kaziken Hatney, eines Indianer-Häuptlings, der den Widerstand gegen die spanischen Eroberer organisiert hatte. Nach seiner Gefangennahme wurde er zum Tod auf dem Scheiterhaufen verurteilt. Einem Priester, der ihn kurz vor seinem Tode zum Christentum bekehren sollte, erwiderte er, nachdem er erfahren hatte, dass im Himmel auch Spanier seien, er ziehe es dann vor, nicht in den Himmel zu kommen, so die Legende.

Die Rolle der Kirche in Kuba war zu Beginn der Revolution zwiespältig. Zum einen wurde Fidel Castro u.a. in einem Gymnasium bzw. Jesuitenkolleg in Santiago de Cuba erzogen. Er schätzt heute noch die Werte des Urchristentums als »Religion der Sklaven und kleinen Leute«. Dabei kritisiert er jedoch, dass die Kirche in ihrer Geschichte »...auf der Seite der Unterdrückter und Ausbeuter stand.« Und dies war von Seiten der katholischen Kirche bis Mitte

der sechziger Jahre (1) noch so, wo Konterrevolutionäre mit der Waffe gegen verstaatlichte Schulen sowie landwirtschaftliche Kooperationen, insbesondere in den Bergen des Guamahaya-Gebirges, der Umgebung von Trinidad, vorgegangen sind. Ganz anders die Befreiungstheologen. Ihnen sagte Castro z.B. 1985 bei einem Treffen, an dem auch Leonardo Boff teilnahm: »Eure Theologie unterstützt die Veränderung Lateinamerikas mehr als Millionen von Büchern über den Marxismus.« Dabei sehen manche Kirchenvertreter ihre Rolle »nur« als »unbequeme Freundin der Revolution«. Castro betont in seinen Reden immer wieder, es sei im Leben nicht entscheidend, ob einer Sozialist oder Christ sei, sondern dass er Revolutionär sei. Dies kam auch bei einem Treffen Castros mit protestantischen Kirchenvertretern vor dem Papstbesuch Anfang 1998 zum Ausdruck: Zum Abschluss überreichte Reverend Oden Marichal, der Präsident des Kirchenrates Kubas, Fidel eine alte, außergewöhnliche Bibel, dem Gedenken des kolumbianischen Rebellen-Priesters Camilo Torres gewidmet: »Christ zu sein und kein Revolutionär zu sein, ist eine Todsünde.«

Ernesto Cardenal, Kultusminister in der sandinistischen Regierung Nikaraguas (1979-90), vertritt sogar die Meinung, der Begriff »Befreiungstheologie« sei schlecht gewählt. Es müsste besser »Revolutions-theologie« heißen. Er äußert zuversichtlich: »...dass das 21. Jahrhundert einem neuen Marxismus und einem neuen Christentum gehören wird.« Und selbst der Papst äußerte: »Möge Kuba sich



...in der Provinz Sancti Spiritus

Fotos: B. Höhn

mit all seinen großartigen Möglichkeiten der Welt öffnen...«.

Von diesen Möglichkeiten konnte sich unsere Gruppe von acht Deutschen bei einem Workcamp in der Agrargenossenschaft Sabanilla, Provinz Sti. Spiritus im März dieses Jahres überzeugen. Die täglichen Gespräche bei der Arbeit, den Wochenendausflügen und unseren Besuchen in den verschiedenen Betrieben und Institutionen waren für uns sehr aufschlussreich. Im folgenden einige der erörterten Fragen bzw. Eindrücke aus dem täglichen Leben.

Trotz der abgebrochenen Milchpulver-Lieferungen (lt. Einigungsvertrag BRD-DDR bis Ende 2000 verbindlich!) ist es Kuba gelungen, seinen Kindern bis zum 7. Lebensjahr täglich 1 Liter Milch und danach bis zum 14. Lebensjahr wöchentlich 2 mal 1 Liter Soja-Joghurt bereitzustellen.

Zu dieser Agrargenossenschaft gehören insgesamt 6 Milchviehanlagen mit je etwa 50 bzw. 100 Kühen. Die Leistung der Kühe lag bei 3-4 Liter / Tag; mit Beginn der Regenzeit (besseres Futterangebot!) steigt sie auf das Doppelte.

Das Mittagessen nahmen wir im Verwaltungsstützpunkt (mit Betriebsküche) ein. Es war stets reichlich und vielseitig, wenn auch

mit uns unbekanntem Speise wie Süßkartoffeln, Malanga oder Yucca. Als Durststiller gab es Orangen-, Ananas-, Bananen-, Papa-ya-Trunk bzw. Wasser – abends auch mal ein Rum-Mixgetränk. Die kubanischen Genossenschaftsmitglieder zahlten für das gleiche Essen 1,50 Peso (entspricht 0,08 Dollar bzw. 0,20 DM, bei einem Monatsverdienst von 180 bis 300 Pesos).

An den Wochenenden fuhren wir u.a. nach Trinidad, in das Gästehaus des »Kubanischen Instituts für Freundschaft mit den Völkern« (ICAP). Dort herrscht stets reger Betrieb, denn das Interesse an Kubas »rätselhaftem Sozialismus« ist groß. Von dort fuhren wir auch in weitere Kooperativen und Staatsbetriebe. Man erläuterte uns die Zusammenarbeit mit den staatlichen Banken: sie sind Regulations-, nicht Machtinstrumente.

Kurz vor unserer Abreise besuchten wir die Staatliche Grundschule in Managuaco und die benachbarte Arztstation. Zur Schule selbst: 82 Schüler, 7 Lehrer, 8 Klassenzimmer, 1 Spielzimmer, 1 Bibliothek, Direktor- und Lehrerzimmer. Die Freude über unsere Geschenke war groß: Schreibhefte, Bleistifte, Spielsachen. Die Arztstation ist rund um die Uhr besetzt. Einmal im Monat kommen auch Fachärzte, z.B. Frauen- und Augenärzte, sowie Orthopäden.

Die Verabschiedung war herzlich, ein Wiederkommen Ehrensache! Lange in Erinnerung bleiben werden uns der kubanische Mokka (ohne Nebenwirkungen), einige neue Kuba-Rum-Mixrezepte sowie die Herzlichkeit und das Miteinander der kubanischen Companeros.

Hasta la vista, auf Wiedersehen, Kuba!



Pflegearbeiten auf den Gemüsegeldern

Foto: Kulpe



Wir feiern das 75-jährige Bestehen des BRSD von Freitag, 27. April, bis Dienstag, 1. Mai 2001, auf dem Hainstein in Eisenach, der thüringischen Wirkungsstätte von Emil Fuchs.

Am Freitagabend wird unser ehemaliger Bundessprecher und CuS-Redakteur ULRICH PETER, profunder Kenner der Bundesgeschichte, den Festvortrag halten. Samstags werden wir uns mit der politischen Kultur Eisenachs und Bibelarbeiten beschäftigen, abends findet ein Festbankett mit Feier statt.

Sonntag und Montag werden wir von ANDREAS PETERS vom Trainingskollektiv Köln zu einer Zukunftswerkstatt »Zum Sozialismus motivieren« angeleitet. Am Tag der Arbeit nehmen wir an der Kundgebung teil.

Das Haus Hainstein ist ein traditionsreiches kirchliches Hotel, wunderschön auf einer der Eisenacher Höhen gelegen. Die realen Preise der gut ausgestatteten Zimmer liegen zwischen DM 80 und 110 am Tag. Auf Antrag können wir Zuschüsse geben.

Wir laden alle CuS-Leserinnen und -Leser ganz herzlich zur gesamten Gründungsfeier ein. Natürlich kann man auch an einzelnen Tagen teilnehmen.

Bitte fordern Sie die Einzeleinladung an. Anmeldeschluss wird im März sein. Anmeldung und Informationen bei Dr. Martina Ludwig (Anschrift siehe hintere Umschlag-Innenseite).



Nietzsche und das Christentum

VON HEINZ RÖHR.

»In dieser Woche habe ich dreimal die Matthäus-Passion des göttlichen Bach gehört, jedes Mal mit demselben Gefühl der unermesslichen Verwunderung. Wer das Christentum völlig verlernt hat, der hört es hier wirklich wie ein Evangelium...«
(F. Nietzsche, 1870)

1. Nietzsche und Albert Schweitzer

Das Jahr 2000 war ein Bach-Jahr: es wimmelte nur so von Bach-Büchern – und es war ein Nietzsche-Jahr (F. Nietzsche 1844-1900), und tatsächlich wimmelte es auch von Nietzsche-Büchern und -Aufsätzen. Was verbindet der deutsche »Normalverbraucher« mit dem Namen Nietzsche? Den Tod Gottes, den Willen zur Macht, den Übermenschen, die ewige Wiederkehr (des Gleichen) – und: »Du gehst zu Frauen? Vergiss die Peitsche nicht!« (Zarathustra, 1883-85. Ich gebe auch im folgenden bei Nietzsche-Zitaten nur den Buchtitel und die Jahreszahl an.) Nietzsche hat als Ideengeber des Faschismus (»blonde Bestie«) an Ansehen eingebüßt, besonders in Deutschland, weniger z.B. in Frankreich.

Aber Nietzsche ist mehr! Er ist nicht nur der »Wahrhaftigkeit und Persönlichkeit predigende Gedankenaufwühler« (A. Schweitzer, Kultur und Ethik, 1923; 1960², S. 263), er ist auch der Prophet eines höheren Menschentums, dem es um »Selbstvervollkommnung« geht. »Darum ist sein Platz in der ersten Reihe der Ethiker der Menschheit« (ebd.). Nietzsche ist vor allem der Kritiker bürgerlicher Mittelmäßigkeit. Seine Kritik ist »leidenschaftlich und gehässig. Aber sie geht tief« (A. Schweitzer, S. 262). Alle bis-

herige Philosophie und Religion hat abgewirtschaftet. Es gibt keine »Hinterwelt« hinter den Dingen der vordergründigen Welt, es gibt kein Jenseits, es gibt keinen Sinn im Lauf der Welt. Alles ist sinnlos. »Nichts ist wahr, alles ist erlaubt« (Genealogie der Moral, 1887).

Der Pfarrerssohn A. Schweitzer hat den Pfarrerssohn Friedrich Nietzsche als bedeutendstes Sprachereignis seit Luther gepriesen: »Als das Vollendetste in Deutsch sehe ich Luthers Bibelübersetzung und Nietzsches »Jenseits von Gut und Böse« (1886) an« (A.S., Aus meinem Leben und Denken, Fischer-TB 18, S. 55). Nietzsche selber hat seinen »Zarathustra« als Höhepunkt der deutschen Literatur herausgehoben: »...ich bilde mir ein, mit diesem Zarathustra die deutsche Sprache zu ihrer Vollendung gebracht zu haben. Es war nach Luther und Goethe noch ein dritter Schritt zu tun...« (Brief an seinen Freund Rohde, Februar 1884). Hier beginnt die krankhafte Selbstapothekose (Selbstvergötterung) Nietzsches: »...mit eignen Flügeln in eigne Himmel...«! In dem »sieghaften Sichausleben« wird das »Leben geehrt« und in der »Steigerung des Lebens« erfüllt sich sein Sinn (A. Schweitzer, S. 266). Schweitzer vergleicht Nietzsche mit Max Stirner (1806-1856) (»Der Einzige und sein

Eigentum«, 1845): dieser predigt einen »anarchistischen Egoismus«. »Heilige Ehrfurcht vor dem Leben, wie Nietzsche sie hat, findet sich bei ihm nicht« (A. Schweitzer, S. 266, Sperrung von mir, H.R.). A. Schweitzer vergleicht Nietzsche auch mit der alt-chinesischen Philosophie der »Lebensbejahung«. »Nietzsche ist eine in europäischer Mentalität auftretende Synthese von Liä Dsi und Yang Dschu. Die Philosophie der Brutalität hervorzubringen ist nur uns Europäern möglich.« (A. Schweitzer, S. 267, Sperrung von mir, H.R.). A. Schweitzer hat schon früh (»in den ersten Jahren des Jahrhunderts«) in Paris Vorträge (auf deutsch) über deutsche Literatur und Philosophie gehalten, z.B. über Nietzsche, Schopenhauer, Gerhart Hauptmann, Sudermann und Goethes »Faust«. »Während ich im August 1900 an dem Vortrag über Nietzsche arbeitete, kam die Kunde, dass der Tod ihn endlich von seinem Leiden erlöst habe« (A. Schweitzer, Aus meinem Leben und Denken, S. 28). Später wird sich Schweitzer einen Schnauzbart à la Nietzsche stehen lassen!

2. Nietzsches Entwicklung

Nietzsche ist am 15.10.1844 in Röcken bei Lützen (Sachsen) geboren. Seinen Vater, einen musischen, schwärmerischen Mann, verlor er mit fünf Jahren. Die Familie zog um nach Naumburg an der Saale. Nietzsche wuchs in einem von Frauen beherrschten Haushalt auf: da waren die Großmutter, zwei Tanten, die Mutter und später auch die Schwester Elisabeth (s.u.), die über ihn bestimmten. Mit zehn Jahren komponierte und dichtete er; er malte auch. Mit vierzehn begann er ein Tagebuch. Er liebte die Musik über alles, besonders die Klassiker von Bach bis Mendelssohn. Berlioz und Liszt stand der Knabe skeptisch gegenüber. (Wagner war noch außer Sichtweite.)

Nietzsche war ein ernstes, sensibles Kind, das die Bibel sehr gut kannte. Er verstand es, »biblische Texte mit einer phantas-

tischen Begleitung des Pianoforte abzusingen« (Nietzsches Lebenslauf, 1864). 1858 bezieht Nietzsche das Elitelymasium in Pforta, wo er außer in Mathematik ein ausgezeichneter Schüler war. Über die gemeinsame Konfirmation 1861 berichtet sein Freund Paul Deussen: »Als die Konfirmanden paarweise zum Altar traten, um kniend die Weihe zu empfangen, da knieten Nietzsche und ich als nächste Freunde nebeneinander. Sehr wohl erinnere ich mich noch an die heilige, weltentrückte Stimmung, die uns während der Wochen vor und während der Konfirmation erfüllte. Wir wären ganz bereit gewesen, sogleich abzuschneiden, um bei Christo zu sein, und all unser Denken, Fühlen und Treiben war von einer überirdischen Heiterkeit überstrahlt.«

Allmählich kamen jedoch Glaubenszweifel bei Nietzsche auf. Die Schule brachte ihm die antiken Autoren nahe, aber auch für Jean Paul und Hölderlin konnte sich Nietzsche begeistern. Seine biographisch-literarischen Äußerungen zeigen Nietzsche als glänzenden Stilisten. Nietzsche ist durch und durch Romantiker. Im letzten Jahr in Pforta verfasste er eine größere lateinische Arbeit, die ihn zum Althilologen geradezu prädestinierte. Nach einem Studienjahr in Bonn, wo er Theologie und Klassische Philologie belegte, folgte er seinem Lehrer Friedrich Ritschl nach Leipzig. Nach einer weiteren philologischen Höchstleistung (noch als Student) erhält er 1869 eine Professur in Basel, ohne Promotion oder Habilitation, allein auf das Gutachten seines Lehrers Ritschl hin! 1878 muss er die Professur krankheitshalber aufgeben.

3. Nietzsches Krankheit

Nietzsches Krankengeschichte, in der Literatur oft dargestellt, ist letztlich nicht völlig aufgeklärt. Besonders K. Jaspers (1883-1969), Professor der Psychiatrie in Heidelberg (1916-1921), dann Philosoph, ab 1948 in Basel, hat in seiner Nietz-

sche-Biographie eine vorsichtige Würdigung der Symptome von Nietzsches Erkrankung (wahrscheinlich Paralyse, eine organische Gehirnerkrankung) gegeben. Es wird behauptet, Nietzsche habe die Krankheit vom Vater ererbt. Missbrauch von Giften und Medikamenten sowie Syphilis (nach einem Bordellbesuch in der Studentenzei) werden erwogen. Fest steht, dass sich das Zerwürfnis mit Wagner (s.u.) und die schmerzhaft Trennung von Lou Salomé (s.u.) sehr negativ auf den Zustand Nietzsches ausgewirkt haben. (»Seit 1873 dauernd irgendwie krank«, K. Jaspers.)

Es geht aber nicht an, Nietzsches geistiges Schaffen (etwa ab 1866) ganz als Werk eines Geisteskranken hinzustellen. Gewisse Symptome weisen in die Kindheit zurück (ständige Kopf- und Augenschmerzen bereits im Sommer 1856 als Gymnasiast). Im Krankenbuch in Pforta wird Nietzsche als ein »volksaftiger, gedrungener Mensch mit auffallend stierem Blick, kurzsichtig und oft von wandernden Kopfschmerzen geplagt« beschrieben. Während des Militärdienstes 1868 stürzt Nietzsche vom Pferd, im Krieg (September 1870) erkrankt er (als freiwilliger Krankenpfleger) an Ruhr und Diptherie. Das Kriegserlebnis 1870/71 lässt Nietzsche die Deutschen warnen: »ein großer Sieg ist eine große Gefahr«. Nietzsche bekämpft die, die glauben, jetzt hätte auch die »deutsche Kultur... gesiegt. Dieser Wahn ist höchst verderblich« (Unzeitgemäße Betrachtungen, Teil I, 1873).

Gleichwohl gab es auch euphorische Perioden voller Schaffensdrang und höchster Begeisterung, so z.B. die Zarathustra-Epoche (1883 ff). Erst Ende der achtziger Jahre beginnt die eigentliche Katastrophe. Die Schweiz und Italien werden seine Heimat. Er ist fast stets in Begleitung seiner Freunde oder seiner Schwester. Basel, Sorrent, Bad Ragaz, Naumburg, Chur, Riva am Gardasee, Venedig werden die bevorzugten

Aufenthaltsorte. Ab 1881 lebt er in Sils-Maria (im Inntal), das er durch Zufall entdeckte. Nietzsche war begeistert von dieser Landschaft mit südlichem Licht. Hier im ersten Silser Sommer entdeckt Nietzsche den Gedanken von der »ewigen Wiederkehr des Gleichen«. Nietzsche ist längst kein Altphilologe mehr. Zwei Ereignisse haben seinen Werdegang zutiefst beeinflusst: einmal seine Begegnung mit einem Buch: A. Schopenhauer, »Die Welt als Wille und Vorstellung«, und zweitens die Begegnung mit einem Menschen: R. Wagner (s.u.).

Seine Studien hatten Nietzsche auch mit philosophischen Problemen der alten Griechen in Berührung gebracht. Schopenhauers Werk las er im ersten Semester in Leipzig. Nietzsche hatte nur Plato gelesen; außer ihm kannte er keine großen Philosophen. Er ließ »jenen energischen düsteren Genius« voll auf sich wirken. Nietzsche sagt selbst: »Hier war jede Zeile, die Entsagung, Verneinung, Resignation schrie... Hier sah ich Krankheit und Heilung, Verbannung und Zufluchtsort, Himmel und Hölle. Das Bedürfnis nach Selbsterkenntnis, ja Selbstzernagung packte mich gewaltig.« Es trieb ihn bis zur »düsteren Selbstverachtung«. Ich war »bitter, ungerecht und zügellos in dem gegen mich selbst gerichteten Hass.« Von Schopenhauer lernte Nietzsche, dass der Mensch zur Selbsterlösung fähig sei, und zwar durch sittliches Handeln und Willensentsagung, zum anderen durch die Kunst, besonders die Musik. Später wird Nietzsche auch diesen Gedanken verwerfen: Gotteshass, Christushass, Menschenhass, Deutschenhass und Selbsthass werden sein täglich Brot sein. Dennoch verliebt er sich in Leipzig 1866 in eine Schauspielerin, Hedwig Raabe. Er schenkte ihr einige von ihm selbst vertonte Lieder, aber dabei blieb es. Wichtiger war seine beginnende Freundschaft mit R. Wagner.

4. Nietzsche und Wagner

Die erste persönliche Begegnung zwischen Nietzsche und Wagner fand 1868 in Leipzig statt. Im Hause seiner Schwester, in dem Nietzsche verkehrte, spielte Wagner alle wichtigen Stellen der »Meistersinger«. Die beiden Männer hatten ein längeres Gespräch über Schopenhauer, den »einzigsten Philosophen... der das Wesen der Musik erkannt habe!« (Brief an Rohde). Später von Basel aus besuchte Nietzsche Wagner, der damals mit Cosima von Bülow, die er später heiratete, in Tribtschen bei Luzern lebte. Wagner verkörperte für Nietzsche in reiner Form das, was Schopenhauer »das Genie« nannte. Nietzsche bekam zwei Zimmer angewiesen, und er erlebte im Haus Wagner ein Stück Heimat. Noch 1888, kurz vor dem Zusammenbruch, schreibt Nietzsche in »Ecce homo«: »...ich möchte um keinen Preis die Tage von Tribtschen aus meinem Leben weggeben, Tage des Vertrauens, der Heiterkeit, der sublimen Zufälle – der tiefen Augenblicke... Ich weiß nicht, was andre mit Wagner erlebt haben: über unsern Himmel ist nie eine Wolke hinweggegangen.« Diese Geborgenheit durfte Nietzsche fast drei Jahre genießen, dann zog Wagner nach Bayreuth, wo Nietzsche an der Grundsteinlegung für das Festspielhaus am 22. Mai 1872 teilnahm. 1888 schreibt Nietzsche in »Ecce homo«: »...was ich eigentlich von der Musik will. Dass sie heiter und tief ist, wie ein Nachmittag im Oktober. Dass sie eigen, ausgelassen, zärtlich, ein kleines süßes Weib von Niedertracht und Anmut ist... Ich werde nie zulassen, dass ein Deutscher wissen könne, was Musik ist. Was man deutsche Musik nennt, die größten voran, sind Ausländer, Slaven, Kroaten, Italiener, Niederländer – oder Juden.« Genau das – und noch viel mehr – muss ihm Wagners Musik vermittelt haben: Der Tristan, den er 1876 unter Hans von Bülow in München hört, wird zum Höhepunkt von Nietzsches Musik-Erleben. Er schreibt an Bülow: »Sie haben mir den er-

habensten Kunsteindruck meines Lebens erschlossen.« Er schickt ihm seine »Manfred-Meditation« (ein Gegenwerk zu Schumanns »Manfred«), aus »Ingrimm gegen den süßlichen Sachsen« komponiert, die Bülow allerdings sehr kritisch beurteilt.

Für Nietzsches eigene Musik gibt es ein Beispiel als LP (gespielt von Jorge Zulueta): meist kurze Stücke im Stil von Schumann und Liszt mit Titeln wie »Heldenklage«, »Ungarischer Marsch«, »Süßes Geheimnis«, »So lach doch mal« usw., sozusagen musikalische Aphorismen, nicht sehr genial, aber gut anzuhören. Übrigens hat A. Schweitzer mit Nietzsche noch etwas gemeinsam: auch er ist Wagnerianer! Als sechzehnjähriger Gymnasiast durfte er zum ersten Mal nach Mühlhausen ins Theater, um Wagners »Tannhäuser« zu hören. »Diese Musik überwältigte mich so, dass es Tage dauerte, bis ich wieder fähig war, dem Unterricht in der Schule Aufmerksamkeit entgegenzubringen« (A. Schweitzer, Aus meinem Leben und Denken, S. 15). In Straßburg hörte er dann sämtliche Wagneroper (außer »Parsifal«, der nur in Bayreuth aufgeführt wurde). 1896 war Schweitzer in Bayreuth, wo er den »Ring« erlebte. (Die Karten hatten ihm Pariser Freunde geschenkt. Um die Reisekosten zu bestreiten, aß er nur eine Mahlzeit am Tage.) Bach-Interpretation und Wagner-Verehrung gingen bei A. Schweitzer zusammen – ein seltenes Phänomen in der Musikgeschichte. Ja, man kann sagen, dass A. Schweitzer Bachs Tonmalerei vom Wagner-Erlebnis her interpretiert hat. A. Schweitzer durfte auch Cosima Wagner in Straßburg an der Orgel seine Bach-Interpretation anhand von Choralvorspielen erläutern. Schweitzer hat sich später, im Gegensatz zu Nietzsche, nie von Wagner distanziert.

Wie kam es zum Zerwürfnis zwischen Nietzsche und Wagner? 1876 schreibt Nietzsche »Richard Wagner in Bayreuth«. Nietzsche hatte allmählich seinen Glauben an Wagner verloren. Wagners Sprache sei nicht

vollkommen, er besitze nicht die gelöste Heiterkeit wie Schopenhauer, er sei nicht »Seher einer Zukunft«, sondern »Deuter und Verklärer einer Vergangenheit«. Hinzu kommt bei Nietzsche eine Hinneigung zu Brahms, den Wagner nicht mochte. Nietzsche hatte mit Wagner innerlich gebrochen, obwohl dieser und Cosima sich rührend um ihn bemühten. Dem wieder einmal unglücklichen Nietzsche rät Wagner: »Ich meinte, Sie müssen heiraten oder eine Oper schreiben... Ach Gott, heiraten Sie eine reiche Frau!« Nietzsche tat beides nicht – und so nahm das Unglück seinen Lauf. Zwölf Jahre später gibt sich Nietzsche in der Schrift »Nietzsche contra Wagner« (1888) noch einmal Rechenschaft über diesen Prozess der Ablösung: »Ich vertrage nichts Zweideutiges; seitdem Wagner in Deutschland war, kondensenderte er (ging über) Schritt für Schritt zu allem, was ich verachte – selbst zum Antisemitismus... R. Wagner, scheinbar der Siegreichste, in Wahrheit ein morsch gewordener verzweifelnder *décadent* (Entarteter), sank plötzlich, hilflos und zerbrochen, vor dem christlichen Kreuz nieder...« (»Parsifal«!) Nietzsche hasste Antisemiten, auch seinen Schwager Dr. Bernhard Förster. Er wollte kurzerhand alle Antisemiten »abschaffen«. 1878 geht der »Parsifal« an Nietzsche, dieser sendet »Menschliches Allzumenschliches« mit einem letzten Brief an Wagner. Die beiden sahen sich nie wieder. (Wagner verstarb 1883.)

5. Nietzsche und die Frauen

Das Verhältnis zu Großmutter, Mutter, Tanten und Schwester wurde bereits erwähnt. 1876/77 trägt sich Nietzsche mit Heiratsgedanken. Er, der nicht einmal seiner Schwester gewachsen war, war gegenüber dem anderen Geschlecht ziemlich unbeholfen. Er liebte stets glücklos. Am Genfer See macht er einer jungen Holländerin (Mathilde Trampedach) einen Heiratsantrag. Er formuliert den Antrag schriftlich, reist aber am

nächsten Morgen mit dem Schnellzug nach Basel ab und erbittet briefliche Antwort. Im Brief vom 25. April 1877 an die Schwester nennt er namentlich vier »Wesen«, die »eingeladen sind, in die Schweiz zu kommen« zum Zwecke des Kennenlernens. Aber aus dem Unternehmen wird nichts! Im Juni weiß er: »Die Verheiratung... ist doch die unwahrscheinlichste Sache...«

Einmal im Leben lacht aber auch Nietzsche das Glück, und zwar in Gestalt der Russin Lou Salomé (1861-1937), damals einundzwanzig Jahre alt und im Begriff, eine bedeutende Schriftstellerin zu werden. (Später heiratete sie F.C. Andreas und wurde die Freundin von Rilke und S. Freud.) Im April 1882 folgte Nietzsche einer Einladung seines Freundes Paul Reé und der berühmten Schriftstellerin Malwida von Meysenbug nach Rom. Dort stellten die Freunde ihm Lou Salomé vor. Nietzsche verliebte sich sofort in sie, wie übrigens auch Paul Reé. Auch Lou fühlte sich von dem achtunddreißigjährigen Nietzsche angezogen. Das Verhältnis war ein inniges, blieb aber das zwischen Lehrer und Schülerin. Es sind Manuskripte von Aphorismen Lous erhalten, die Nietzsche handschriftlich verbesserte. Nietzsche bat Reé, für ihn bei Lou zu werben. Natürlich machte er Lou einen Heiratsantrag, und natürlich lehnte Lou ab: sie konnte sich Nietzsche zwar als geistreichen Gesprächspartner vorstellen, aber nicht als Lebensgefährten. Diese Freundschaftsepisode mit Lou (April bis November), besonders drei Wochen, die beide in Tautenburg/Thüringen verbrachten, müssen für Nietzsche ein Stück Himmel auf Erden gewesen sein. Elisabeths Eifersucht auf die viel jüngere Freundin des Bruders endete im Streit zwischen den Geschwistern. Lou verließ Tautenburg, und der folgende Winter war der »schlechteste meines Lebens« (Nietzsche an Peter Gast, den Musiker, Freund und Schreibgehilfen).

Die Schwester Elisabeth Förster-Nietzsche hat zwar Nietzsche bis zum bitteren

Ende versorgt, aber ihn auch bevormundet und seine Schriften posthum gefälscht, z.B. zwei Abschiedsbriefe. Ein Buch, »Der Wille zur Macht«, das sie herausgab, hat Nietzsche nie geschrieben: Sie hat es aus Aphorismen aus dem Nachlass zusammengestellt und vieles mehr.

6. Nietzsches Werk und Wirkung

Nietzsche hat etwa ein Dutzend Bücher hinterlassen, unter denen der »Zarathustra« herausragt. Die Wirkung auf die Zeitgenossen, z.B. auf M. Buber, war ungeheuer. Dieses Buch war auch meine erste Begegnung mit Nietzsche, schon als Primaner. Worin liegt Nietzsches Bedeutung für das 20. Jahrhundert und die Zukunft? In der Heroisierung des »Lebens« und des »Kampfes«.

Nietzsche ist kein Geschichtsdenker wie Hegel und Marx. Er hat auch kein philosophisches System entwickelt wie Hegel, den er bekämpft. Nietzsche ist kein Sozialethiker, sondern Individualethiker: Begriffe wie Volk, Rasse und Klasse kommen bei ihm nicht vor. Nietzsche ist eigentlich Dichter, kein Philosoph! Der Grundbaustein seines Philosophierens ist der Aphorismus, der kurz hingeworfene, geschliffene Gedanke. Beispiele: »Die einzige Entschuldigung Gottes ist, dass er nicht existiert« (Ecce homo). »...im Grunde gab es nur Einen Christen, und der starb am Kreuz« (Antichrist). »Ich bin kein Mensch, ich bin Dynamit« (Ecce homo).

Ich bekenne, dass Nietzsche seit meiner Studienzeit die stärkste denkerische Herausforderung für mich war, stärker als Marx. Dieser ließ sich mit dem Christentum durchaus (im Hegelschen Sinne) »versöhnen« (siehe Religiöser Sozialismus!) – Nietzsche nicht! Ich stimme K. Jaspers zu, der sagt: »Philosophieren mit Nietzsche bedeutet ein ständiges sich gegen ihn Behaupten«. Das gilt auch für die Abfassung dieses Aufsatzes: Er ist mehr als eine kühle, abstrakte Erörterung: er ist ein Bekenntnis!

Ich behaupte zugleich, dass sich das 20. Jahrhundert mit seinen Katastrophen und seiner Katastrophen-Philosophie (Existentialismus; Heidegger) ohne Nietzsche nicht verstehen lässt. Und ich bin überzeugt, dass Nietzsches elitäre Ethik des »Übermenschlichen« nur durch die Ethik der »Ehrfurcht vor dem Leben« im Sinne Albert Schweitzers überwunden werden kann!

Albert Schweitzer hat sich im übrigen später von Nietzsche mehr und mehr distanziert. In seiner »Selbstdarstellung« (1929, S. 38 f) stimmt er noch dem Urteil zu, seine Philosophie sei eine »Synthese aus Schopenhauer und Nietzsche«.

In der »Kulturphilosophie III« (1. und 2. Teil: »Die Weltanschauung der Ehrfurcht vor dem Leben«, 1999), in der er Nietzsche zweiundzwanzigmal zitiert (Luther dagegen nur einmal!), sagt er: »Der Trank, den Nietzsche bietet, besteht nur aus Schaum« (geschrieben 1931 ff, S. 338; 467). Er nimmt aber zugleich Nietzsche gegen die Nationalsozialisten (freilich ohne sie zu nennen) in Schutz: »Das Herdentier nimmt ihn für sich in Anspruch. Die Herdentiere, die er verspottet (hat), rächen sich an ihm (...), indem sie ihn zum Leithammel machen (verleihen ihm die Würde eines Oberleithammels). (...) Sie ziehen dem Nietzsche eine Uniform an (...). Das Forcierte bei Nietzsche. (...) Sucht das edle Nicht-Ethische! Und es gibt es nicht!! Ausgebrannte Krater« (geschrieben 1934, S. 438).

Dieses Buch, ein gewaltiger Torso, wird sicher, wie auch der Folgeband »Kulturphilosophie III« (3. und 4. Teil), der Nietzsche-Forschung zusätzlich Auftrieb geben.



Zu Albert Schweitzers
»Kulturphilosophie III«
siehe auch Seite 51.

Tod hinter deutschen Gittern

Von Ernst Ergenzinger

Die Todesstrafe ist in Deutschland seit 1949 abgeschafft

Die Todesstrafe ist in Deutschland seit 1949 abgeschafft. Sie wurde im Grundgesetz durch die lebenslange Freiheitsstrafe ersetzt. Die Diskussion darüber, ob eine tatsächlich bis zum Tod hinter Gittern vollstreckte Strafe nicht noch grausamer wäre als eine schnelle Hinrichtung, führte 1977 zu einer Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichtes: Die Verhängung der lebenslangen Freiheitsstrafe ist nur dann mit der Menschenwürde vereinbar, wenn der Verurteilte die begründete Hoffnung haben kann, noch einen Rest seines Lebens in Freiheit verbringen zu können. Nicht ohne berechtigte Besorgnis fügte das Gericht eine ausdrückliche Qualifizierung dieses Lebensrestes hinzu: Er er dürfe nicht von »Siechtum und Todesnähe gekennzeichnet sein«. Die Entlassung von sterbenden Lebenslänglichen erfüllt also noch keineswegs die Erfordernisse der Menschenwürde.

Wer überprüft jedoch die Einhaltung dieser Bedingungen? Offenbar niemand. Je-

denfalls weder die Bundesregierung noch die Landesjustizministerien.

Auf eine detaillierte Anfrage der PDS-Bundestagsabgeordneten Jelpke zu Lebens- und Sterbeschicksalen der Lebenslänglichen konnte das Bundesjustizministerium lediglich allgemeine Angaben zur Anzahl der Verurteilten machen (BT-Drucksache 14/1741). Von 1989 bis 1998 hat sich die Zahl der Lebenslänglichen von 1179 auf 1450 erhöht. Ferner konnten die Zahlen nach Bundesländern aufgeschlüsselt werden. Das war's.

Keine Auskunft konnte die Bundesregierung zu 6 weiteren Fragen geben. Nichts zu den Fragen

- nach der durchschnittlichen Haftdauer,
- wie lange die derzeit Einsitzenden schon in Haft sind,
- wie viele in den letzten 10 Jahren in Haft verstorben sind,
- wie viele nach Verbüßung ihrer Strafe in die Psychiatrie, bzw. Sicherungsverwahrung »entlassen« worden sind,
- wie viele der nach Verbüßung ihrer lebenslangen Haft Entlassenen binnen kurzem Zeitraum (Tage, Wochen, Monate) starben,
- wie viele einschlägig rückfällig wurden.

Lapidar heißt es dazu: Entsprechende statistische Angaben lägen der Bundesregierung nicht vor.

Offensichtlich kümmert sich bei der Bundesregierung bisher niemand um Lebens- und Sterbeschicksale von Lebenslänglichen. Die Wahrung der Menschenwürde von schweren Straftätern war kein Thema. Selbstverständlich haben zunächst die früheren Regierungen diesen Missstand zu verantworten. Aber leider zeigt die Antwort auch der jetzigen Regierung keinerlei Anzeichen dafür, dass sie gewillt wäre, sich des Problems anzunehmen.

Heinrich P. – seit über 40 Jahren in Haft

Wie wenig in der derzeitigen Situation ein zu lebenslanger Haft Verurteilter die Chance hat, tatsächlich noch einen Rest seines Lebens in Freiheit zuzubringen, zeigt auf drastische Weise das Schicksal von Heinrich P., über das *die tageszeitung* am 11./12.9.1999 ausführlich berichtet hat (wie übrigens bereits am 18.1.1997 die *Frankfurter Rundschau*). Auf den taz-Bericht hin er-

folgte die Anfrage der PDS an den Bundestag.

Heinrich P. befindet sich wegen einer Serie schwerster Straftaten seit Juni 1959 ununterbrochen in Haft. Seit 1982 kämpft er um Entlassung auf Bewährung. In einem sehr gemächlichen Entscheidungsprozess wurde dieser Antrag schließlich 1993 unter Verweis auf eine exorbitante Schuldschwere abgelehnt und eine Haftdauer von 50 Jahren für angemessen gehalten. Das ist die höchste Zeitstrafe, die in der Bundesrepublik je ausgesprochen wurde. Die sofortige Beschwerde führte 1995 zu einer »Ermäßigung« auf 42 Jahre. Bereits 1993 musste Heinrich P. wegen Krebs eine Niere entfernt werden. Nach ärztlicher Diagnose reichte seine Lebenserwartung zu diesem Zeitpunkt höchstens bis 1998. Eine Entlassung im Jahre 2002 würde er also wahrscheinlich nicht mehr erleben. Auch das daraufhin angerufene Bundesverfassungsgericht kritisierte neben anderen Punkten, dass die drastisch eingeschränkte Lebenserwartung nicht berücksichtigt worden sei, hob 1995 die Urteile der Vorinstanzen auf und verwies sie zur erneuten Entscheidung zurück. Dabei wurde ausdrücklich bestätigt, dass die Aussicht auf einen Rest eines Lebens in Freiheit auch



für Heinrich P. bestehen müsse. Die Dringlichkeit neuer Entscheidung angesichts der drastisch eingeschränkten Lebenserwartung wurde betont.

Nun wäre eine behutsame, wenigstens versuchsweise Einleitung von vorbereitenden Maßnahmen zur Haftentlassung zu erwarten gewesen. Das Gegenteil war der Fall. Das Justizministerium untersagte die Fortsetzung von Ausführungen, die noch 1994 genehmigt worden waren. Sie waren übrigens völlig problemlos verlaufen. Die Gerichte ließen sich wiederum reichlich Zeit. 1996 wurde schließlich ein fachpsychiatrisch-sozialprognostisches Gutachten bei einem dafür ausgewiesenen Experten eingeholt. Zwar ergab es keine positive Prognose. Es stellte jedoch die Behandlungsbedürftigkeit fest und empfahl daher die Unterbringung in einer vollzugsexternen psychiatrischen Klinik zur Therapie. Erst danach könne überhaupt eine aussagekräftige Prognose abgegeben werden. Die zuständigen Gerichte ignorierten diese Expertise und ließen sich schließlich – wiederum erst nach zahlreichen Anträgen und Widerspruchsverfahren – wenigstens die Genehmigung zu einer begrenzten Anzahl therapeutischer Gespräche in der Haftanstalt abringen. Das alles nur um noch einmal festzustellen, ob Heinrich überhaupt therapiefähig ist. Heinrichs prognostizierte Lebensdauer ist inzwischen abgelaufen. Aber er lebt noch.

Dies ist der Stand nach über vierzigjähriger Haft und 5 Jahre nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Wie soll bei einer derart schleppenden Vorgehensweise ein 63 Jahre alter, schwer kranker Mann Hoffnung haben können, noch einen letzten Rest seines Lebens in menschenwürdigen Umständen verbringen zu können? Ein Wille, der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts Geltung zu verschaffen, ist nicht erkennbar.

Fazit: Heinrich P. soll und wird hinter Gittern sterben.

Ist Menschenwürde eine Kostenfrage?

Das Schicksal von Heinrich P. ist ein Lehrbeispiel dafür, wie die hehren Entscheidungen der höchsten Rechtsinstanz unseres Staates auf unterer Ebene ausgehebelt und ins Gegenteil verkehrt werden können. Anscheinend ganz legal. Da gibt es die Umständlichkeiten des Weges durch die Instanzen mit einem Zeitablauf, den man unter den Bedingungen der Gefangenschaft erst einmal überleben muss. Dann gibt es die Möglichkeit, Pattsituationen herzustellen, die einen Fortschritt im Verfahren blockieren. Hier zum Beispiel, indem man eine positive Sozialprognose zur Bedingung einer psychiatrischen Behandlung macht, die ihrerseits erforderlich ist, um überhaupt eine Prognose erstellen zu können.

Die vom Gutachter empfohlene Einweisung in eine vollzugsexterne psychiatrische Klinik wird gegenwärtig verweigert. Warum eigentlich? Sicherheitsbedenken können es nicht sein. Forensische Abteilungen psychiatrischer Kliniken unterliegen denselben Sicherheitsstandards wie Haftanstalten. Oder ist das eine Kostenfrage, wie Baden-Württembergs Justizminister Goll gegenüber der taz angedeutet hat? Die Menschenwürde eine Kostenfrage? Oder tobt sich an diesem Täter auch nach 40 Jahren immer noch Rachsucht aus? Oder handelt es sich um staatliche Machtdemonstration gegenüber der Öffentlichkeit: Schaut her, so gehen wir mit Verbrechern um! Unerbittlich bis zum Tod.

Als sofortige Maßnahme könnten wenigstens wieder Ausführungen genehmigt werden. In Begleitung: Zum Schutz der Öffentlichkeit und zur Sicherheit von Hein-

rich P. Trotz der positiven Erfahrungen bei den zwei Ausführungen vor sechs Jahren werden sie nicht genehmigt. Auch eine Kostenfrage?

Heinrich P. hat in einem unendlich mühsamen, 17 Jahre währenden Gang durch die Instanzen in allen wesentlichen Punkten Recht bekommen. An seiner Lebenssituation hat sich dadurch nichts geändert. Er hat aber die Freiheit, weiterhin Prozesse anzustrengen: Um um Ausführungen, um Altersversorgung, um Behandlung in therapeutischem Milieu. Er hat das Recht, sich zu Tode zu siegen. Denn auf seiner Seite ist nur das Gebot der Menschenwürde, auf der anderen Seite aber die Macht des Justizapparates, der den Gang des Verfahrens so gestalten kann, dass Heinrich keine Chance hat. Mit großer Gelassenheit weiß man sich am langen Hebel. Was soll man sich um Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes kümmern? Es gibt immer einen Weg, den Geist des Rechtes mit dem Buchstaben des Gesetzes totzuschlagen.

Nach 10 Jahren Haft sind die meisten schon gebrochen

Solche Unannehmlichkeiten wie mit Heinrich hat die Justiz mit ihren lebenslänglichen selten. Nur wenige haben nach langen Jahren der Haft noch so viel Lebenswillen, so klaren Verstand, dass sie überhaupt noch irgendeine Lebensperspektive entwickeln können. Nach zehn Jahren Haft sind die meisten schon so gebrochen, dass sie nur noch vegetieren. »Gemüse« heißen sie im Knastjargon, oder »Zombies«. Wie viele schwer erkranken und frühzeitig sterben, wie viele von eigener Hand: Keine Aus-

kunft seitens der regierungsamtlich Verantwortlichen!

Diese Problematik räumt das Bundesverfassungsgericht bei seiner Entscheidung über die Vereinbarkeit der lebenslangen Freiheitsstrafe mit der Menschenwürde wenigstens so weit ein, als es argumentiert: Die lebenslange Freiheitsstrafe führe auch nach langer Haftzeit nicht in jedem Fall zu schweren Persönlichkeitsdeformierungen und sei insofern zulässig.



Weiter heißt es dann: »So weit der Vollzug der lebenslangen Freiheitsstrafe im Einzelfall andere Grundrechte verletzen sollte, ist es Sache des Betroffenen, sich hiergegen mit den gegebenen rechtlichen Mitteln zur Wehr zu setzen.« Diese »liberale« Position klingt wie blanker Hohn, wenn man den tödlichen Instanzenweg im Fall Heinrich P. kennen gelernt hat. Selbst wenn einer nach jahrzehntelanger Haft noch einen Funken Lebenswillen und so viel geistige Organisationsfähigkeit haben sollte, dass er für sein Lebensrecht kämpfen könnte, steht er immer noch vor einem Berg von kaum lösbar Problemen: Welcher Anwalt übernimmt eine so komplizierte, langwierige, wenig lukrative und nahezu aussichtslose Sache? Wie soll ein Strafgefangener, der nach jahrzehntelanger Haft keinerlei Kontakt zu Familie

oder Freunden mehr hat, Gerichts- und Anwaltskosten aufbringen? Aber selbst wenn einer wie Heinrich P. auch diese Hürden genommen hat, besteht kaum eine Aussicht, die Irrfahrt des Instanzenwegs zu überleben. Die »liberale« Botschaft lautet kurz und zynisch: Du Du hast keine Chance. Nutze sie!

Hinrichtung mit der trockenen Guillotine

Der schwierige Fall Heinrich P. – ein bedauerlicher, aber angesichts seiner speziellen Problemlage leider unvermeidlicher Einzelfall? Keineswegs: Wenige Wochen nach dem taz-Bericht brachte das ZDF-Magazin 37 Grad unter dem Titel »Todesstrafe lebenslänglich« am 7. 12. 1999 die Geschichte einer Frau, die nach 50 Jahren Haft in völlig apathischem Zustand in ein Pflegeheim entlassen wurde. Sie hatte in den Wirren des Zusammenbruchs 1945 ihre beiden Kinder umgebracht und wurde zum Tode verurteilt. Wegen Abschaffung der Todesstrafe wurde die Strafe in lebenslange Haft umgewandelt. So viel zur Hoffnung, einen Rest des Lebens in Freiheit und Menschenwürde verbringen zu können. Auch nur ein bedauerlicher Einzelfall?

Trotz der absichtsvollen Desinformation der Justizbehörden und der Bundesregierung ist die Öffentlichkeit nicht auf Mutmaßungen oder Spekulationen angewiesen. Der Fuldaer Kriminologe Prof. Dr. Hartmut-Michael Weber hat in seiner Habilitationsschrift »Die Abschaffung der lebenslangen Freiheitsstrafe – für eine Durchsetzung des Verfassungsanspruchs« 1999 im Rahmen einer gründlichen Untersuchung der verfassungsrechtlichen Problematik einer unbegrenzten Haftstrafe die Informationen zugänglich gemacht, über die die Bundesregierung nicht verfügt: Über Art und Umfang der Haftschädigungen, über Haftdauer

bis zum Tod, über das endliche Todesalter. Daraus geht hervor, dass 16 der Lebenslänglichen über 70 Jahre alt sind, dass der längste Lebenslängliche 64 Jahre auf seinen Tod hinter Gittern gewartet hat. Und vor allem: Dass es nach vorsichtigen Ermittlungen über 200 Leidensgenossen und -genossinnen Heinrichs in deutschen Gefängnissen gibt, die ohne die grundgesetzlich garantierte Hoffnung auf einen Lebensrest in Freiheit und Menschenwürde auf ihren Tod warten.

Die Tendenz, die Todesstrafe in Form einer »Hinrichtung mit der trockenen Guillotine« durch die verfahrensrechtliche Hintertür wieder einzuführen, hat in jüngster Zeit noch zugenommen. Immer mehr Urteile werden mit dem Zusatz versehen, dass angesichts der ganz besonderen Schuldschwere eine Überprüfung der Möglichkeit vorzeitiger Entlassung bereits nach 15 Jahren von vornherein auszuschließen sei. Die 1982 mit dem §57a in das Strafgesetzbuch eingeführte Schuldschwereklausele sollte dem Resozialisierungsgebot – das auch für Lebenslängliche gilt – Rechnung tragen. Nur noch in besonderen Ausnahmefällen sollte eine besondere Schwere der Schuld eine längere Vollstreckung als 15 Jahre gebieten. Das öffentliche Klima, die mediengeschürten Kriminalitätspaniken und die immer drastischer ausfallenden Urteile der Richterschaft haben das Ziel des Gesetzgebers in das Gegenteil verkehrt. Der bewusst in Kauf genommene Tod von Lebenslänglichen hinter Gittern ist keineswegs der Ausnahmefall. In Deutschland ist die Todesstrafe keineswegs abgeschafft.

Soll dieser menschenrechts- und verfassungswidrige Zustand nicht weiter bestehen bleiben, ist der Gesetzgeber dringend gefordert zu handeln: Die lebenslange Freiheitsstrafe muss abgeschafft werden. Sie ist in eine berechenbare Zeitstrafe umzuwandeln, um dem Resozialisierungsgebot entsprechen zu können.

Heinrich P., ein absonderlicher Heiliger

Eine Andacht von ERNST ERGENZINGER

Heinrich P. ist ein absonderlicher, ein absonderlicher Heiliger. Er sitzt in einem deutschen Gefängnis. Über 40 Jahre schon. Er hat sich durch seine furchtbaren Taten das Prädikat »Bestie« erworben.

Was hat so einer in unserer Andacht verloren?

Nun – Heinrich P. ist keine Bestie, sondern ein Mensch. Einer, den Gott bei seinem Namen gerufen hat, wie jeden von uns. Wie jeder ist er mehr, als die Summe seiner Taten. Er hat nicht nur gebüßt, über 40 Jahre unvorstellbarer Einsamkeit, dumpfer Ohnmacht, verzweifelter Auflehnung, sondern er hat auch Busse getan. Das kann einem nämlich keiner abnehmen. Auch die Justiz nicht: Sie kann nur büßen lassen.

Büße tun heißt, von dem Recht Gebrauch zu machen, ein Anderer, ein neuer Mensch zu werden. Heinrich ist also der alte Schwerverbrecher und ein geliebtes Kind Gottes. *Simul justus et peccator*. Zugleich gerecht und ein Sünder. So hat Luther nach Paulus den seltsam zwispältigen Stand eines Christenmenschen definiert. Soll das etwa nicht auch für Heinrich gelten: »Ob bei uns ist der Sünden viel, bei Gott ist viel mehr Gnade.«

Ich sehe keine Möglichkeit, für Gottes Gnade ein Sündenlimit festzusetzen. Jedenfalls hat Jesus dem Schwerverbrecher am Nachbarkreuz das Himmelreich zugesagt. Noch heute. Bedingungslos. Heinrich hat gute Ohren für solche Botschaft. Natürlich. – Psychiater haben ihm religiöse Wahnvorstellungen attestiert und einen gestörten Realitätsbezug. Aber: Aus reinem Wahn hält keiner 40 Jahre lang durch. Das kann mir niemand weiß machen. Da muss schon eine tragende Lebenskraft da sein. – Ich hätte mich wohl schon nach viel kürzerer Gefangenschaft geistig verabschiedet

Seit 17 Jahren kämpft er um einen Lebensrest in Würde und sogar das Bundesverfassungsgericht hat ihm bestätigt, dass er darauf

hoffen kann. Denn ein gewollter Tod hinter Gittern verletzt die Menschenwürde und ist verfassungswidrig.

An zwei Tagen durfte Heinrich P. acht Stunden lang unvergitterte Luft atmen. Er war »draußen« unter diskreter Bewachung durch einen freundlichen Kollegen vom Vollzug und mit mir. Eine solche Explosion an Lebensfreude habe ich



noch selten erlebt. Die unscheinbarsten Alltäglichkeiten erregten Heinrichs liebevolle Teilnahme: Bäume, Blumen, Rinder, Tiere... »Weißt du eigentlich, wie köstlich Gras duftet?«, fragte er mich. Ja, jetzt weiß ich es wieder. Sein Glück an diesen zwei Tagen hat auch in meinem Leben eine helle Spur hinterlassen.

Das war vor 6 Jahren. Seitdem verbietet das Justizministerium in Stuttgart weitere Ausführungen. Offenbar muss die Öffentlichkeit vor einem alten, kranken Mann geschützt werden, der alle paar Monate acht Stunden lang unter Bewachung den Duft des Lebens atmen möchte. Zwei Tage in vierzig Jahren waren schon zu viel zur Wahrung der Menschenwürde.

Als ob da noch nicht genug Elend wäre: Heinrich musste auch noch am Krebs operiert werden. Die optimale Lebenserwartung, die ihm die Ärzte damals nannten, hat er längst hinter sich gelassen. Aber er lebt immer noch unter Schmerzen und hofft immer noch.

Alles um ihn herum: Mauern, Gitter, Stacheldraht, Stahltoie, Gucklöcher, Überwa-

chungskameras, Aktenberge... All das brüllt unablässig auf ihn ein: Du, du bist kein Mensch, sondern eine Bestie! Aber er sagt ganz ruhig: Ich bin auch ein Kind Gottes! Und hofft immer noch.

Hat er etwa seine entsetzlichen Taten vergessen? Keineswegs. Er spricht nicht gern darüber. Er sagt: Immer nur Weinen hilft auch nicht. Aber er verleugnet nichts, verdrängt nichts. Er macht nicht Andere für seine Taten verantwortlich. Dazu hätte er Grund genug: Ein Kind des Zusammenbruchs, das nur Krieg, Heimatlosigkeit, Gewalt, wirre Familienverhältnisse erlebt hat.

Und – Heinrich P. denkt an seine Opfer: Er er betet für sie. Seit vielen Jahren. Ich denke, dass diese Gebete ein offenes Ohr finden.

Ein Heiliger soll ein Vorbild sein. Das ist Heinrich tatsächlich für mich. Wenn mir mein Leben zur Last wird und ich die Ermahnung nötig habe, dann höre ich seine ruhige tiefe Stimme sagen: »Seid fröhlich in Hoffnung, geduldig in Trübsal, haltet an am Gebet« – und kann zustimmend lächeln.

Der Text der Radio-Morgenandacht (SWR 2) wurde uns vom Autor freundlicherweise zur Verfügung gestellt.

Besichtigungen

Leider haben sich in die vorige Ausgabe von CuS ein paar Fehler eingeschlichen. So zeigt das Bild auf Seite 23 des vorigen Heftes zwar



Udo Fleige und Constance Benson, aber nicht Brian D'Agostino, den Verfasser des Beitrags. Das nebenstehende Foto vom Juni 1993 zeigt links tatsächlich Brian D'Agostino, in der Mitte Constance Benson, während sie im Geiste Luthers ihre Thesen an die Tür des Union Theological Seminary nagelt. Von rechts hilft ihr Anwalt, David Slater.

Eine Korrektur zu Seite 46 fand nicht mehr rechtzeitig den Weg ins Heft. Heinz Röhr weist darauf hin, dass Albert Schweitzer seine Tochter Rhena sehr wohl taufen ließ, nämlich vom Großvater. An zwei Stellen auf der selben Seite muss der Autor Steffahn heißen, nicht Steffhan.

Wir bitten vielmals um Entschuldigung.



Die Weltanschauung der Ehrfurcht vor dem Leben

WERNER RAUPP stellt Albert Schweitzers Kulturphilosophie III vor, die mit 50-jähriger Verspätung erschienen ist.

Albert Schweitzer wird wieder zitiert. Galt er bislang als philosophischer und theologischer Außenseiter, so gewinnt er neuerdings vor allem im Blick auf die Ökologiedebatte zunehmend an Bedeutung.

Anlässlich seines 125. Geburtstages im Januar 2000 erschienen endlich die beiden neuen Nachlassbände: »Die Weltanschauung der Ehrfurcht vor dem Leben« (Kulturphilosophie, Tl. 1-4), die der vielbeschäftigte Schweitzer (1875-1965) bei nächtlichem Kerzenschein im afrikanischen Busch bereits in den Jahren 1931 bis 1945 verfasst hatte. Sie komplettieren die Kulturphilosophie I und II (»Kultur und Ethik«) von 1923 und ergänzen seinen theologischen und philosophischen Nachlass, der mit »Reich Gottes und Christentum« (Bd. 1, 1995) und den »Straßburger Vorlesungen« (Bd. 2, 1998) eröffnet wurde. Zugleich erinnern sie daran, dass Schweitzer nicht nur der weltweit geschätzte »Urwald-Doktor von Lambarene« und Friedensnobelpreisträger (1952) war.

Angesichts der zu Beginn des 20. Jahrhunderts offenbar werdenden Sinnkrise unternimmt Schweitzer den groß angelegten Versuch, den abendländischen Rationalismus zu erneuern und so der Kultur einen neuen Weg zu weisen. Diesen sieht er in der lebens- und weltbejahenden Ethik der »Ehrfurcht vor dem Leben« vorgezeichnet, die er als »denknotwendig« betrachtet. Sie ist von östlicher Philosophie beeinflusst und schließt – über den Menschen hinaus – alles Lebendige ein. Mit ihr suchte er zugleich Nietzsches »Philosophie des Willens

zur Macht« aus dem Feld zu schlagen. Er hatte damit eine Lebensanschauung der mystischen Weltverbundenheit entworfen, in der Denken und weltverbindendes »Erleben des Lebens« zusammenfließen und zum »Einswerden mit dem Sein«, dem universalen Willen zum Leben, führen. (Zum Gesamtsystem siehe bes. Claus Günzlers kompakte Einleitung in die Kulturphil. III, Tl.1 / 2, S.18-28.)

In den beiden abschließenden Bänden sucht Schweitzer sodann in immer neuen Anläufen die Lebensanschauung zu einer umfassenden Weltanschauung auszubauen, gewissermaßen um die Ethik herum eine Weltdeutung zu entwickeln, in der sich der Mensch mit seinen Sinnfragen aufgehoben findet. Ein kühnes Unternehmen, das nicht weniger als gleichsam die letztmögliche Synthese aller im philosophischen wie religiösen Menschheitsdenken entworfenen Modelle des Mensch-Welt-Verhältnisses erstrebt. Der dazu vorgenommene Durchgang durch die Geistesgeschichte führt ihn vom griechischen bis zum chinesischen und indischen Denken, schließlich zu Zarathustra, zum Christentum und zur Neuzeit (bes. Tl. 1, S.60-165, u. Tl. 3, S.95-117, Tl. 4, S.254-351).

Der Erfolg musste ihm versagt bleiben. Harmonie mit einer Welt zu denken, deren Gesetze in völliger Disharmonie zur Ethik stehen – dies blieb zeitlebens das ungelöste Problem, was auch Schweitzer bereits früh erkannte.

Ungeachtet dessen wird in seinem Entwurf der eindrucksvolle Versuch einer biophilen »Weltphilosophie« sichtbar, eine sich am ethischen Pantheismus respektive Panentheismus orientierende Deutung von Leben und Welt. Wie ein »faszinierendes Gewebe von kühnen Gedankenlinien« (Günzler, Einl., S.23) zieht sie sich durch die Geschichte und die vielfältigen Kulturen der »rätselhaften Welt«, die Schweitzer als »ein vorübergehend im All umhergewirbeltes Staubkörnchen« auffasst (Tl. 2, S.235). Zentriert auf

die ökologische Maxime der »Bewahrung des Lebens«, intendiert sie eine für alle Weltkulturen akzeptable Neufassung der Humanitätsidee, die gleichsam in einer von ökologischer und sozialer Gerechtigkeit getragenen Weltfamilie sichtbar werden soll.

Schließlich mündet sie in die »alltäglichen Dinge« ein und erweist sich als angewandte Philosophie. Diese legt dem glücksuchenden Menschen als Bestimmung seines Daseins die Aufgabe bei, »geistige Persönlichkeit« zu werden (Tl. 1, S.47-60), die mittels des Denkens in die ethische Lebens- und Willensmystik hineinwächst, um sich als Teil der Welt zu begreifen: »Wir müssen denken, aber [...] bei geahnter Wirklichkeit stehenbleiben. Intuitiv erfasst, aus dem Wesen des Lebens heraus. [...] Gibt es eine Ethik, dann [...] [ist es Erfasstwerden] vom Willen zur Liebe [...] und grenzenlose Hingabe an alles Sein« (Anhang zu Tl. 1, S.414, 419).

Spätestens mit der nunmehr vorliegenden Kulturphilosophie III, die auch den interessierten Laien anzusprechen vermag, wird der Menschheitsdenker Schweitzer als ernst zu nehmender Philosoph des zu Ende gegangenen Jahrhunderts erkennbar, als »Anreger einer Wende vom Schulbegriff zum Weltbegriff der Philosophie« (so Ernst Cassirer, 1935). Bleibt zu hoffen, dass seine zukunftsweisende Weltphilosophie respektive Universalreligion in Gesellschaft und Kirche zur Umsetzung gelangt, besonders angesichts der drohenden ökologischen Katastrophe. Dem von Schweitzer als »Bruder Mensch« angesprochenen Leser wird sie sicherlich mancherlei Anregungen vermitteln: für die unendliche Suche nach dem Sinn des Lebens, »das große Geheimnis, [das wir] nicht verstehen, sondern [nur] leben« können (ebd., S.411).

Albert Schweitzer: Weltanschauung der Ehrfurcht vor dem Leben. Kulturphilosophie III, Tl. 1-4. Hrsg. von Claus Günzler und Johann Zürcher. - München: C.H. Beck, Tl. 1 / 2, 493 S. (1999); Tl. 3 / 4 (2000); (= Werke aus dem Nachlass [Bd. 3 u. 4]), Leinen, je 98 DM.

Der chilenische Spiegel

JÜRGEN SCHÜBELIN stellt das Buch *Links von Nord und Süd. Chilenisch-deutsche Ortsbestimmungen im Neoliberalismus*, herausgegeben von Olaf Kaltmeier und Michael Ramminger, vor.

Seit jener historischen Nacht des 16. Oktobers 1998, als Pinochet in einer Londoner Privatklinik von Scotland Yard per internationalem Haftbefehl festgesetzt wurde, um ihn auf Antrag des spanischen Untersuchungsrichters Baltasar Garzón in Madrid wegen der Beteiligung am Völkermord, internationalem Terrorismus, Folter und des systematischen Verschwindenlassens von Menschen anzuklagen, konnte sich Chile nun wirklich nicht über mangelnde Präsenz in den internationalen Medien beschweren. Auch wenn das spanische Auslieferungersuchen letztlich scheiterte und trotz der inszeniert-triumphalen Rückkehr des alten Tyrannen im März 2000 nach Santiago, hat nach der jüngsten Entscheidung des chilenischen Obersten Gerichtshofes, dem Ex-Diktator die parlamentarische Immunität zu entziehen, die 27 Jahre lang dominierende Kultur der impunidad, der Straflosigkeit für Verbrechen mit staatsterroristischem Charakter, ihren Zenit überschritten. Die Waage neigt sich zum ersten Mal den Opfern die Militärregimes zu - eine motivierende Gelegenheit, um sich erneut mit jenen Chile-Themen zu beschäftigen, die durch die Debatten um den Fall Pinochet in den Hintergrund gedrängt worden waren, aber für das Verständnis der komplexen Entwicklung in dem südamerikanischen Land unverzichtbar sind.

Der von den beiden langjährigen Redakteuren und Mitstreitern der einzig verbliebenen deutschsprachigen Chile-Zeitschrift, »Solidaridad - Berichte und Analysen aus Chile«, Olaf Kaltmeier und Michael Ramminger, herausgegebene Sammelband »Links von Nord und Süd« trägt für dieses Unterfangen

die Texte von 18 Autorinnen und Autoren aus Lateinamerika - u.a. Paco I. Taibo II., Tomás Moulian, Luis Vitale, Pablo Richard - und Europa - beispielsweise Johannes Agnoli, Franz Hinkelammert, Maria Mies, Kuno Füssel - zusammen.

Das Anliegen von Herausgebern und Autoren ist - ausgehend vom »Modell Chile« - also der in dieser Radikalität und Konsequenz bisher einzigartigen Liberalisierung der Märkte, »Verschlankung« des Staates mit der Privatisierung von Gesundheits-, Bildungs- und Sozialsystemen - den Dialog zwischen Nord und Süd um die globalen Auswirkungen neoliberaler Politik zu stimulieren: Die chilenische Erfahrung des »totalen Marktes« als Spiegelbild unserer eigenen Zukunft?

José Bengoa geht dazu in seinem Aufsatz der Auswirkungen von Modernisierungsprozessen nach, die - wie im Fall Chile mit Brachialgewalt durchgesetzt - traditionellen Identitäten der lateinamerikanischen Gesellschaften in Frage stellen und aus dem, was nach der kontinentalen Erfahrung mit dem Staatsterrorismus an innergesellschaftlichen Kohäsionskräften übrig geblieben ist, isolierte Fragmente machen. Seine These: Die unglaubliche Regression in der Einkommensverteilung (ebenfalls weltweit unerreicht) als direkte Folge der lateinamerikanischen Modernisierung, verstärkt autoritäre Tendenzen in den betroffenen Gesellschaften, »Klientelismus, Rassismus und Marginalisierung«, setzt den Demokratisierungsprozess existentiellen Zerreißen aus.

Lesenswert ist auch der Text der chilenischen Anwältin Fabiola Letelier. Sie analysiert den Beitrag der Menschenrechts-Verteidiger für den Übergangsprozess in ihrem Land und zeigt auf, welchen Gefährdungen diese fragile Demokratie nach wie vor durch die Auswirkungen der sogenannte Aylwin-Doktrin von der »Gerechtigkeit im Rahmen des Möglichen« ausgesetzt ist - also der These, auf die vollständige juristische und poli-

tische Aufarbeitung der Menschenrechtsverbrechen unter Pinochet zu verzichten, um die erreichte vordergründige Stabilität nicht aufs Spiel zu setzen. Leteliers leidenschaftliches Plädoyer für eine rechtstaatliche Suche nach der historischen Wahrheit, selbst dann, wenn diese Suche mit Schmerzen und Konflikten verbunden ist, hat universale Gültigkeit.

Kritisch und voller Selbstironie lässt Urs Müller-Plantenberg die Geschichte der Chile-Solidaritätsbewegung in Europa Revue passieren, berichtet von den »gespenstischen« Anfängen an der Technischen Universität in Berlin im Juni 1973, drei Monate vor dem Putsch, von grotesken Fehleinschätzungen und dogmatischen Grabenkämpfen innerhalb der Chile-Solidaritäts-Gemeinde. Aber er macht auch deutlich, warum - wie in keinem anderen vergleichbaren Fall - eine derart lebendige, vielfältige und verästelte Solidaritäts-Bewegung entstand, die sich 15 Jahre auf relativ hohem Niveau halten konnte und beispielsweise in der Menschenrechtsarbeit unbestreitbare und eindrucksvolle Erfolge erstritt.

Derartige Erfahrungen und auch die Beiträge der Befreiungstheologen Pablo Richard und Kuno Füssel verhindern bei der Lektüre das Aufkommen von Resignation, verstärken eine vorsichtige Hoffnung. Richard: »Diese Zeit des Übergangs ist gewiss keine Zeit erfolgreicher Experimente für die große Mehrheit, sie ist vielmehr eine Zeit der Vertiefung und Kreativität, um neue Fundamente zu legen.« Dazu tragen nach seinen Beobachtungen auch die aktuellen Prozesse in zahlreichen Kirchen Lateinamerikas bei, wo selbst Kreise der Hierarchie zunehmend auf Distanz zur politischen Macht gehen, eben, weil diese Macht korrupt geworden und ihre Legitimität verloren hat: »Die Kirche entdeckt wieder ihren Platz in der Zivilgesellschaft.« Da ist von neuen Räumen für eine lebendige gesellschaftliche Teilhabe die Rede, der Konstruktion von Alterna-

tiven, die vom Rändern der modernen-kapitalistischen Modelle ausgehen.

Mit ihrer wild-bunten Mischung aus historischer Analyse, sozialwissenschaftlicher Systematisierung und der streckenweise durchaus selbstkritischen Reflektion über mehr als ein Vierteljahrhundert geballter Le-

benserfahrungen mit dem „Modell Chile“ machen die 18 Autoren diesen Sammelband zu einem lesenswerten Überblick in Sachen „Spiegelbild Chile“.

Olaf Kaltmeier und Michael Ramminger (Hg.): Links von Nord und Süd, Chilenisch-deutsche Ortsbestimmungen im Neoliberalismus. LIT-Verlag, Münster 1999, 224 S.

Briefe an die Redaktion



Bruderhöfe, CuS 2/2000, S. 33-41.

Soeben habe ich den Artikel meiner Schwester Elisabeth Bohlken-Zumpe gelesen, den Sie mir in Ihrem Heft CuS 2/2000 zugesandt haben.

Meine Antwort ist am besten ausgedrückt in einer Buchbesprechung von Christopher M. Zimmerman zu Elisabeth Bohlken-Zumpes Buch *Torches Extinguished – Memories of a Communal Bruderhof-Childhood*, zumal dieses Buch Grundlage des Artikels ist.

Auch möchte ich klarstellen, dass alles, was sie über ihre Kindheit und Paraguay schreibt unter unserem Vater Hans Zumpe geschehen ist. Er war in all diesen Jahren verantwortlicher Leiter und nicht – wie sie schreibt – Heini Arnold.

Es ist mir klar, dass Sie unsere Bruderhof-Geschichte nicht kennen. Es ist mir aber ganz unverständlich, dass Sie sich nicht bei uns informiert haben, bevor Sie einen solchen Artikel in Ihre Zeitschrift aufnehmen. Schließlich bekommen Sie schon mehrere Jahre unseren *Pflug* und waren darüberhinaus auch mit Mitgliedern des Bruderhofs in Kontakt.

Wie können Sie solche Lügen in Ihr Heft drucken lassen, wie z.B. »...die Anhänger [damit sind wir Bruderhöfer gemeint] sind der Meinung, dass man die Bibel nicht mehr

nötig hat, weil alle Schriften »des Führers« ja direkt von oben her kommen«; oder dass Johann Christoph Arnold sage, »Wir brauchen die Bibel gar nicht zu lesen, denn wir leben das Wort Gottes.«

Ich bin wirklich empört über solche Verleumdung! Schließlich hat Elisabeth vor 40 Jahren den Bruderhof verlassen und nie wieder mit uns gelebt.

Ich möchte ausdrücklich betonen, dass ich nichts gegen eine sachliche Auseinandersetzung habe. Aber es ist schlechter Journalismus, ungeprüft solche Artikel zu veröffentlichen!

P.S. Ein Zeichen Ihres Entgegenkommens wäre es für mich, wenn Sie den Artikel vom Internet nehmen könnten.

Ben Zumpe, Darvell Bruderhof

Es ist uns verständlich, dass Sie über die Darstellung in unserem Artikel nicht glücklich sind. Wir kommen Ihnen insofern entgegen, als wir durch diesen Abdruck auch Ihrer Position Gehör verschaffen. Natürlich lässt sich heute schwer überprüfen, was Elisabeth Bohlken-Zumpe vor Jahrzehnten gehört hat, und was nicht. Allerdings kennen wir auch andere Berichte, die ihre Darstellung in den wesentlichen Aussagen unterstützen. Bitte akzeptieren Sie, dass wir aus Rücksicht auf die Meinungsfreiheit den Artikel nicht entfernen.

Die Redaktion

Autorinnen und Autoren

Darius Dunker ist Redakteur und Layouter von CuS. Er ist in Aachen und Eupen (Belgien) tätig in Erwachsenenbildung und EDV.

Ernst Ergenzinger ist Evang. Gefängnispfarrer i.R., Jahrgang 1938, zuletzt tätig im Vollzugs-krankenhaus Hohenasperg in Württemberg.

Reinhard Gaede ist Gemeindepfarrer in Herford (Westfalen).

Dr. Ernst Kulpe ist pensionierter Fachlehrer für Polytechnik und ehrenamtlicher Betreuer des Naturlehrgartens in Ranis (Ostthüringen).

Thomas Müller ist Politologe und freier Journalist in Aachen.

Dr. Werner Raupp arbeitet als Freier Autor und FH-Lehrbeauftragter; er ist zudem Geschäftsführer des humanistisch-philosophischen Arbeitskreises Tusculum.

Heinz Röhr ist emeritierter Professor für Theologie und war viele Jahre im BRSD-Vorstand.

Jürgen Schübelin leitet das Referat Lateinamerika und Karibik bei der Kindernothilfe und lebt in Duisburg.

Dr. Helmut Zwanger ist Pfarrer an der Evangelischen Martinskirche in Tübingen.

Die nächste Ausgabe von *CuS* erscheint im April als Doppelnummer zum 75-jährigen Bestehen des BRSD und zum Kirchentag.

Artikel und Briefe

CuS möchte ein Forum sein für alle, die versuchen, Christentum und Sozialismus zusammenzudenken. Deshalb freuen wir uns über Beiträge und Briefe an die Redaktion

✉ **per Post** möglichst auf Diskette, sonst als sauberen Ausdruck oder Schreibmaschinenfassung an:

Maik Eisfeld, Redaktion CuS,
Oststr. 25, 99994 Schlotheim

☎ **telefonisch** an 036 021-80 566

☎ **per Fax** an 069-791 222 257
(bitte feine Auflösung einstellen)

✉ **per E-Mail** an cus@brsd.de

Abonnements

Wenn Sie CuS abonnieren wollen oder Anliegen bezüglich eines bestehenden Abonnements haben, wenden Sie sich bitte

✉ **per Post** an:

Martina Ludwig, BRSD e.V.,
Hohensteiner Straße 12
09117 Chemnitz

☎ **telefonisch** an 0371-8577 366

☎ **per Fax** an 0371-8577 366

✉ **per E-Mail** an abo@brsd.de

Kündigungen werden zum Jahresende wirksam.

Bezugspreise (inkl. Versand):
Inland DM 30 / € 15,34 pro Jahr
Ausland DM 35 / € 17,90 pro Jahr
Förderabo DM 40 / € 20 oder mehr

Bitte überweisen Sie den Betrag jeweils zum Jahresbeginn an den BRSD e.V., Konto 189 389-464, Postbank Dortmund, BLZ 440 100 46

Beträge über DM 30 sind als Spende steuerlich absetzbar. Quittungen werden auf Wunsch zugesandt.



Der BRSD hat Geburtstag, und alle
sind eingeladen! Feiert mit uns,
kommt Ende April nach Eisenach!
Weitere Informationen auf Seite 37.

Abo-Verwaltung
Martina Ludwig
Hohensteiner Str. 12
09117 Chemnitz

Redaktionsadresse
Maik Eisfeld
Oststraße 25
99994 Schlotheim
siehe Umschlaginnenseite

»Wir können vielleicht noch einfacher sagen, warum der Christ die soziale Bewegung mitmachen muss. Einfach *aus Liebe*. Wer Liebe hat, der muss den Drang in sich spüren, zu helfen, zu retten, mehr Glück, Freude, Sonnenschein zu schaffen auf Erden. Es wird doch sicher keiner zu behaupten wagen, dass die Zustände schon so seien, wie sie sein sollten. Wahrlich, wenn einem von uns nicht das Herz brennt vor Scham und Mitleid, so oft er gewisse Dinge sieht, die unter uns noch möglich sind, dann ist er kein Christ. Wer nicht allen Brüdern und Schwestern einen möglichst großen Anteil an den Gütern des Lebens wünscht und bereit ist, dafür einzustehen und Opfer zu bringen, der ist kein Christ. Es ist darum eine einfache Forderung der Liebe, dass wir sozial denken und arbeiten...

Die bloße *Liebestätigkeit* genügt nicht. Sie kann da und dort ein Pflasterchen auf eine Wunde legen oder da und dort einen Niedergesunkenen aufrichten, aber aus dem Grunde helfen kann sie nicht... Darum müssen wir ringen, die Verhältnisse so zu gestalten, dass möglichst viele gesunde, freie, sittlich kräftige Persönlichkeiten sich in ihnen entwickeln können, dass der gottverliehene Adel des Menschentums sich möglichst schön entfalte und eine neue Freude an Gott und Welt und Mitmenschen aufgehe über allem Volk.«

Leonhard Ragaz im Schweizerischen Protestantenblatt, 25. 4. 1903